



III. Durchschnittszahlen der eingegangenen Wochenbeiträge pro Mitglied.

Table with columns: Bezirk bzw. Gau, Die Zahl der Beiträge betrug pro Mitglied, Jahresdurchschnitt (pro 1908, pro 1909, pro 1910), 4. Quartal, 1. Quartal, 2. Quartal. Rows include Groß-Berlin (1-16), Innenschiffer, and Gesamtdurchschnitt.

IV. Zusammenstellung der Gau-Einnahmen und -Ausgaben.

Table with columns: Bezirk bzw. Gau, Gesamtkosten, Gaubeitrag, Die Hauptkasse gabte zu, Die Hauptkasse zahlte pro Wochenbeitrag, Der Überschuss betrug. Rows include Groß-Berlin (1-16), Innenschiffer, and totals.

V. Gegenüberstellung der Mitglieder- und Beitragsziffern des 2. Quartals 1910 und 1911.

Table with columns: Bezirk bzw. Gau, Mitgliederzahl (1910, 1911), Zunahme, Abnahme, Beitragsziffer (1910, 1911), Zunahme, Abnahme. Rows include Groß-Berlin (1-16), Innenschiffer, and Zusammen.

Die Zahl der Wochenbeiträge ist gegen das 4. Quartal 1910 um 191 462 - 11,2 pCt. gestiegen. Wie ersichtlich und wie schon eingangs bemerkt, entspricht dies nicht ganz dem Mitgliederzuwachs von 16,4 pCt. Zunächst steigen die Gauen 1 und 16 auch hinsichtlich ihrer Beitragssteigerung gegenüber dem 4. Quartal 1910 an erster und zweiter Stelle.

etnes halben Jahres erreicht wurden, zu den weitgehendsten Erwartungen für die Zukunft. An dem Gesamtergebnis von 191 462 Wochenbeiträgen partizipieren Gau 11 mit 23,3, Gruppe Innenschiffer mit 11,1, Gau 1 mit 9,2, Gau 5 mit 9, Gau 12 mit 8,1, Gau 14 mit 5,7 und Gau 16 mit 5,2 pCt. Der Anteil der übrigen Gauen beträgt unter 5 pCt. Tabelle 3 gibt Auskunft über die Durchschnittszahlen der eingegangenen Wochenbeiträge. Uns interessiert hier am meisten das Verhältnis zwischen dem 4. Quartal 1910 und dem 2. Quartal 1911.

wie vor darüber wachen, daß die Kollegen ihre Beiträge pünktlich entrichten, dürfte in Kürze hier Wandel geschaffen sein. Unverkennbar ist freilich auch die Wechselbeziehung zwischen der herrschenden Leuerung und der Beitragsleistung. Dies mag vieles entschuldigen.

Die Gesamtkosten (Tabelle 4) haben sich in den Gauen 2, 3, 4, 6, 7, 8, 12, 15, 16 und für die Gruppe Innenschiffer zum Teil wesentlich erhöht. Wenn gleichwohl das Schlußergebnis nur eine Steigerung von 57 838,53 auf 63 592,49 Mt. aufweist, so liegt dies daran, daß andererseits in den Gauen Groß-Berlin, 1, 5, 9, 10, 11, 13 und 14 ein Rückgang der Gesamtkosten eingetreten ist.

An Gaubeiträgen sind diesmal insgesamt 17 829,15 Mt. (gegen 15 100,70 Mt. vom 2. Halbjahr 1910) eingegangen. Wesentliche Mehrleistungen gegenüber der vorigen Berichtsperiode weisen die Gauen Groß-Berlin, 1, 5, 6, 7, 8, 11, 12, 14, 15 und die Gruppe Innenschiffer auf. Doch ist dies eine natürliche Folge der erhöhten Mitgliederzahl.

Die verhältnismäßig geringe Steigerung der Gesamtkosten in Verbindung mit der Erhöhung der abgetriebenen Gaubeiträge bewirkt - da das durchschnittliche Beitragsverhältnis als bestimmender Faktor so gut wie ganz ausschaltet - die zum Teil auffallende Herabsetzung des Hauptkassensatzes pro Wochenbeitrag. Zunächst hat Groß-Berlin diesmal einen Überschuss von 688,35 Mt. erzielt, der die 143,48 Mt. des vorigen Halbjahres doch sehr in Schatten stellt. Auf dem Weg zu einem Überschuss scheint sich Gau 11 zu befinden, der diesmal bereits die Zuzüher der Hauptkasse auf nur 0,04 Pf. (1) herabdrücken konnte. Nachdem hatte die Hauptkasse pro Wochenbeitrag gegenüber dem 2. Halbjahr 1910 zu zahlen in den Gauen: 1: 2,9 (4,7) Pf., 13: 4,1 (5,6) Pf., 14: 3,8 (5,4) Pf. zc. Erhöht hat sich der Zuschuß in den Gauen 3 von 4,6 auf 4,8 Pf., 8 von 3,6 auf 4,2 Pf. und bei der Gruppe Innenschiffer von 2,7 auf 4,9 Pf. Ohne die vorgenannten Erhöhungen wäre die Herabsetzung des Gesamtdurchschnittes um mehr als nur 0,1 Pf. bewirkt worden.

Tabelle 5, welche die Entwicklung des Verbandes innerhalb Jahresfrist widerspiegelt, weist ein Plus an 73 488 - 70,3 pCt. Mitgliedern und 743 716 - 64,1 pCt. Wochenbeiträgen auf. Wenn auch hieraus ebenfalls ersichtlich ist, daß die Beitragszunahme nicht ganz dem Mitgliederzuwachs entspricht, so lassen sich doch weitere Schlüsse nicht aufziehen, weil innerhalb dieser Periode (1. Juli 1910) der Zusammenschluß der drei Bruderorganisationen fällt, was die Ergebnisse des 2. Halbjahres 1910 zum großen Teil ausschaltet. Das folgende 1. Halbjahr 1911 hat aber bereits unserer Betrachtung zugrunde gelegen.

Nun zur agitatorischen und geschäftlichen Tätigkeit der Gauleitungen im 1. Halbjahr 1911 (Tabelle 1). Wenn diesmal durch 1860 Versammlungen die 1447 des vorigen Halbjahres um 413 überholt worden sind, so ist dies gewiß ein schönes Zeichen für die rührige agitatorische Tätigkeit der Gaufunktionäre. Demgegenüber will es nicht viel besagen, daß die Zahl der Besprechungen und Sitzungen (3823) der der vorigen Berichtsperiode (4299) nicht ganz die Wage hält. Sind doch eine Menge lediglich durch den Zusammenstoß sich erforderlich machende Zusammenkünfte diesmal weggefallen. Die auf der Tagesordnung stehenden Verhandlungsgeschäfte von 1425 Versammlungen und 1352 Besprechungen und Sitzungen verteilten sich auf folgende Gruppen:

- 1. Geschäftl., Berichterstatt. zc. 146 bzw. 273 mal
2. Agitator. u. organisat. Fragen 460 " 482 "
3. Lohnbewegungen 399 " 291 "
4. Lohn- und Arbeitsverhältnisse 93 " 86 "
5. Berufsfragen, Mißstände zc. 24 " 141 "
6. Rechtsprechung und Arbeiter-schutzgesetzgebung 92 " 6 "
7. Maßnahmen von Behörden u. Unternehmern 29 " 7 "
8. Allgemeine Arbeiterbewegung 61 " 17 "
9. Statistik, Sozialreform und Sozialpolitik 57 " "
10. Wissenschaftliche Thematias 54 " "
11. Verschiedene Fragen 10 " 49 "

Die höchsten Ziffern weisen die drei ersten Gruppen auf, wobei besonders die 399 Versammlungen, in welchen Lohnbewegungen zur Diskussion standen, ins Auge fallen. Im 2. Halbjahr 1910 waren letzteres nur 172 Fälle. Ein Beweis mehr, in welchem Grade die Schlagfertigkeit der Organisation durch den Zusammenschluß erhöht worden ist. Die 141 Besprechungen und Sitzungen, in welchen Berufsfragen, Mißstände zc. zur Verhandlung standen, zeigen andererseits, daß dem Verbande nach dieser Richtung hin noch ein ergiebiger Feld zu heudern bleibt. Erfreulicherweise ist die Gruppe: Wissenschaftliche Thematias gegen das vorige Berichtshalbjahr wieder gestiegen. Es scheint demnach, als ob dem Wissensdrang der Kollegen dauernd in erhöhtem Maße Rechnung getragen wird. Und das mit Recht, denn: „Wissen ist Macht.“ Für 31 bzw. 36 der obigen Versammlungen bzw. Besprechungen und Sitzungen ergaben sich 2 Themen. Ferner hat (wie gewöhnlich) Groß-Berlin für 428 Versammlungen und 2295 Besprechungen und Sitzungen nur zusammenfassende Angaben geliefert. Sollte eine Verteilung der Themen auf die einzelnen Versammlungen zc. sich wirklich nicht ermöglichen lassen? Leider sind diesmal auch im Gau 15 so ungenaue Angaben gemacht worden, daß noch 161 Besprechungen und Sitzungen obiger Natur hinzuzurechnen werden müssen. Dagegen soll anerkannt werden, daß die Zahl der Veranstaltungen, über welche überhaupt keine Angaben vorliegen, prozentual sehr gering ist: es sind 7 Versammlungen und 15 Besprechungen und Sitzungen.

Die Zahl der Lohnbewegungen reicht — soweit diese in den Berichten aufgeführt sind — mit 506 fast an die des vorigen Halbjahres (520) heran. Wie schon bemerkt, stuzt darin eine erfreuliche Wirkung des durch den Zusammenschluß erhöhten Stopfkraft des Verbandes, wenn auch nicht vergessen werden darf, daß das „Rampffeld“ ebenfalls ein größeres als früher ist. Gau 5 und 11 stehen mit je 83 Lohnbewegungen obenan. Groß-Berlin und Gau 9 nehmen mit 66 und 53 Bewegungen den dritten und vierten Platz ein. In größeren Abständen folgen dann die Gauen 15, 2 und 16 mit bemerkenswerten Ziffern, während der Rest geringere Zahlen aufweist.

Mit der Einbringung von Berichtsbogen über stattgefundenen Revisionen scheinen die Gauleitungen den Grundsatz: „Sanfter langsam voran!“ zu befolgen. Es ist gegen das vorige Halbjahr wenigstens ein (!) Bericht mehr eingesandt worden (das letzte Mal waren es zwei mehr!). Allerdings glänzt die Mehrzahl der Gauen in der Tabelle durch — Lücken!

Den geschäftlichen Verkehr der Gauleitungen illustrieren folgende Zahlen: Eingänge: 11 482 (2. Halbjahr 1910: 11 217) Briefe und Karten, 5610 (5146) Drucksachen und Patente und 104 (72) Depeschen. Ausgang: 11 525 (11 300) Briefe und Karten, 13 820 (18 402) Drucksachen und Patente und 574 (532) Depeschen. Abgesehen von den ausgehenden Drucksachen und Patenten hat gegen das 2. Halbjahr 1910 durchweg eine Erhöhung der betreffenden Ziffern stattgefunden. Da der Ausnahmefall aber durch die Zusammenschlußarbeiten erklärlich erscheint, kann auch in diesem Halbjahr eine gesteigerte geschäftliche Tätigkeit der Gauleitungen konstatiert werden.

Die Zahl der Eingaben an Behörden ist diesmal von 34 auf 20 zurückgegangen, dagegen haben sich die mündlichen Anträge in Arbeiterversicherungs- und Rechtsfragen gegen die vorige Periode von 1083 auf 2081 und die Zahl der Schriftsätze für Verwaltungen und Mitglieder hat sich gleichfalls von 986 auf 1252 erhöht. So kommt also die größere geschäftliche Inanspruchnahme der Gauleitungen hierin zum Ausdruck.

Ueber in den einzelnen Gauen wichtigere Erscheinungen, welche geeignet sind, die Organisation in irgend einer Weise zu beeinflussen, läßt sich gegenwärtig nicht viel sagen. Man müßte dem „olte Stamellen“ wiederlaunen. Im großen und ganzen haben sich die Verhältnisse gegen das vorige Halbjahr wenig geändert. Erwähnungswürdig wäre nur folgendes:

Die Gruppe Winnerschiffen hat an innerer Festigung gewonnen durch den Ausbaa des Osmannere-Systems. Die unablässige Kontrolle der Ojekte hat gut gewirkt. Mit Freuden wird seitens der Funktionäre auch das Anwachsen der Korrespondenz begrüßt, welches ihnen den Beweis liefert, daß die Kollegen stets mit ihnen in Fühlung sind, um so mehr, als sie nur in Ausnahmefällen mit ihnen in mündlichen Verkehr treten können.

Im Gau 1 machen sich neuerdings wieder nationale und religiöse Strömungen geltend, besonders in einigen östlichen Orten, wo die Leute so gut katholisch wie politisch sind. Da ist freilich wenig anzurichten. Der diesmaligen glänzenden Entwicklung des Gaus aber hat dies keinen merklichen Abbruch tun können.

In Gau 5 wurden es 10 Jahre, daß die Agitation von einem Angestellten des Verbandes betrieben wird. Manchem Kollegen erschien damals das Experiment ein Schritt ins Ungeheure, heute sind auch diese Säulasse befeuert worden. Statt — sage und schreibe — 6 Verwaltungsstellen weist der Gau heute laut Tabelle deren 47 auf! Vor allem ist in diesem Gau der Beweis geführt worden, daß die Organisation

nicht bloß gute Zahlstellen auch in kleinen Orten halten, sondern für die betreffenden Kollegen wirkliche Erfolge erzielen kann. So sind in der Berichtsperiode ebenfalls wieder eine Anzahl von Lohnbewegungen in solchen kleinen Orten durchgeführt worden, zum Nutzen der Mitglieder. Hervorgehoben soll noch werden, daß die Eisenbahnverwaltungen in einer Zahl von Ortschaften dem Verbandskongressen machen mußten, wodurch eine Reihe von Mißständen beseitigt werden konnte.

Aus Gau 7 kehren die alten Klagen der Gauleitung über den völligen Mangel an Verständnis wieder, den die Kollegen einer großen Reihe Verwaltungsstellen gewissen statistischen Vorarbeiten, wie das Ausfüllen der Quartalstätigkeitsbogen etc., entgegenbringen. Der Gauleiter mußte häufig die erforderlichen Angaben lediglich auf Grund seiner persönlichen schriftlichen Aufzeichnungen zusammenstellen. Daß die gesamte Statistik unter solchen Umständen leiden muß, liegt auf der Hand. Es kann den betreffenden Verwaltungsstellen des Gaus 7 nur dringend nahe gelegt werden, die Berichtsbogen nicht bloß als „lustige Blätter“ zu betrachten und der Gauleitung nicht unangenehme die Arbeit zu erschweren.

Die Agitation im Gau 10 leidet teilweise unter dem Mangel an geeigneten Kräften. Infolge Wechsels in der Person des Kassierers hat — namentlich im 2. Quartal — auch die Beitragsleistung nachgelassen. Die im letzten Bericht erwähnte Agitation unter den Straßen- und Kleinbahnern brachte leider nicht den gewünschten Erfolg. Bei den Kleinbahnern ist es nur gelungen, den alten Stamm zu halten, dagegen haben die Straßenbahner der Organisation wieder den Rücken gekehrt. Im allgemeinen aber geht es vorwärts.

Den Schluß unserer allgemeinen Besprechung möge Gau 16 bilden. Erwähnenswert ist hier, daß unter den abgehaltenen Versammlungen 8 für den Schweizer Bruderverband auf dessen Wunsch stattfanden. Da von unseren süddeutschen Kollegen viele nach der Schweiz hinüber und wieder herüber wandern, dürfte es sehr angebracht erscheinen, wenn zwischen den beiden Verbänden auch in Zukunft immer enge Fühlung gehalten wird, um so mehr, als ein Teil Kollegen, die in den deutschen Grenzorten der Schweiz wohnen, auf schweizerischem Gebiet arbeiten.

Kehren wir wieder zum Ausgangspunkt unserer Betrachtung zurück! Wir vermöchten die Entwicklung der Einheitsorganisation speziell im 1. Halbjahr 1911 und rückwärtend über den Zeitraum eines ganzen Jahres zu überblicken. Wir bekamen einen nachhaltigen Eindruck ihrer Arbeit, ihrer Kämpfe und ihrer Erfolge. Ein Etliche Geschichte des menschlichen Fortschritts hat sich vor unseren Augen abgepielt. Aber nicht nur das! Wir sahen, wie das Streben nach Verbesserung der Lebensverhältnisse, nach Licht, Luft und Freiheit immer weitere Kreise unwillkürlicher Berufskollegen erfasst, wie intensive Agitations- und Aufklärungsarbeit immer mehr den Boden unter ihnen bereitet und — was uns mit besonders hoher Freude und Stolz erfüllen muß — wie das Zauberwort: „Einheitsorganisation“ auf die Scharen der Berufs-genossen wirkt! Nun, wohlten, Kollegen, so soll es immer bleiben! „Einheitsorganisation!“ sei das Zauberwort, das uns auch in Zukunft die Herzen der Berufsgenossen öffnet! In diesem Zeichen wollen wir siegen!

**Deutsches Volk hungere weiter!**

Das ist die Parole, die der Reichskanzler anlässlich seiner Beantwortung der Feuerungsinterpellationen

im Reichstage ausgegeben hat. Volk hungere weiter, damit sich eine Handvoll Großkapitler die Taschen füllen können, denn die Bauern leiden ebenso unter der Teuerung, wie die Proletarier, die Futternot zwingt sie, einen großen Teil ihres mühsam aufgezogenen Viehes abzuschlachten, was eine noch größere Fleischnot in der Zukunft besetzt.

Der sozialdemokratische Redner, in der betreffenden Reichstags-Sitzung zeigte mit erfreulicher Schärfe den klaffenden Widerspruch zwischen den hochflühenden Worten und den bitteren Taten des Zentrums. Ueber die Teuerung läßt sich nicht viel Neues sagen, nachdem das Thema wochenlang in den Zeitungen und in Versammlungen ausgiebig behandelt worden ist. Aber es gelang dem Redner doch, alles wesentliche in einer so geschlossenen und einordnungsreichen Form darzustellen, daß sich selbst seine Gegner nicht dem Eindrucke der inneren Wahrheit der Ausführungen entziehen konnten. Gen. Scheidemann zeigte, daß nicht die ungewöhnlichen Witterungsverhältnisse des letzten Sommers die Teuerung bewirkt, sondern sie nur verschärft haben, während ihre letzte Ursache in unserer heutigen Zeit, ja im Wirtschaftssystem liegt. Diesen Zeitgedanken seiner Rede verbrannte er mit sehr wirkungsvollen Beispielen aus dem täglichen Leben und den Entbehrungen über die Lebenshaltung der breiten Massen unseres Volkes, die wir der amtlichen Statistik verdanken.

In dieselbe Kerbe hieb der Wortführer der Fortschrittlichen Volkspartei, Abgeordneter Defer, der noch manches Bemerkenswerte hinzuzufügen vermochte. Seine Worte von der durch den „lückelosen Zolltarif“ herbeigeführten „lückelosen Teuerung“, sein Hinweis darauf, daß die Agrarpolitik von heute nur „reiche Väter, aber arme Söhne“ schaffen könne, waren den Agrariern sichtlich unangenehm. Es bedarf keiner rednerischen Künste, um das Blut der Zuhörer in Wallung zu bringen, wenn man nur darauf hinzuweisen braucht, daß z. B. die holländischen Bauern mit gutem deutschen Roggen ihr Vieh füttern, während wir die Tonne Brotparade um 50 bis 55 Mk. höher bezahlen müssen, als der Weltmarktpreis zur Zeit ist.

Und dann kam die Antwort vom Regierungstisch. Es ist sehr bedauerlich, daß wir in Deutschland nicht das französische System des öffentlichen Aufschlags bemerkenswerter Neben haben. Die Rede des Reichskanzlers müßte an jedem Telegraphenposten in Deutschland zu lesen sein, damit auch der letzte Mann und das letzte um die Existenz ringende Weib die ungeheure Brutalität studieren könne, die in der kalten Erklärung liegt, daß die Regierung nicht daran denke, auch nur einen Stein aus dem Weg des Schutzzollgesetzes herauszunehmen zu lassen. Theobald v. Welshmann-Holweg bewies wieder einmal scharfsinnig, daß es den deutschen Arbeitern eigentlich ganz ausgerechnet gebe. Die Naders wüßten es nur nicht! Die unerträglichen Lasten, unter denen die Familien seufzen, nannte er eine „Unbequemlichkeit“ und die Aufgabe der Regierung kann nach ihm nur die sein, die Bodenrenten, den agrarischen Gewinn, hochzuhalten. Aufhebung der Zölle? Nein! Senkung der Zölle? Nein! Abschaffung der Einfuhrsteuern? Nein! Veränderung des Fleischbeschlages? Nein! Öffnung der Grenzen für ausländisches Vieh und Fleisch? Nein! Nichts soll die Regierung tun, nichts kann sie tun und nichts darf sie tun, es ist alles zum Besten bestellt und wenn wirklich eine „kleine Unbequemlichkeit“ sich im Lande bemerkbar macht, nur — das Verschulden dafür trifft in erster Linie die Presse, die ihre Pflicht veräußert hat, indem sie über die Not schrieb, während sie doch den Arbeitern hätte sagen sollen, wie gut es ihnen geht! Und der Zwischenhandel! Auch der hat seinen Teil Schuld. Sein Gewinn muß „in

**Der Krieg.**

An den Gestaden des Mitteländischen Meeres tobt der Krieg; der furchterliche Feind der Menschheit und zugleich ein trauriges Dokument des Tiefstandes ihrer Kultur. Der Krieg mit all seinen Schrecken breitet seine apokalypten Flügel aus und bedeckt mit ihnen die lachenden Fluren Italiens, der Türkei und Nordafrikas.

Millionen Menschen leben in dem Bereiche dieser Länder. Sie arbeiten tagein, tagaus, pflügen und bestellen ihre Felder, schaffen in Werkstätten und Fabriken und haben nur den Wunsch, nach vollbrachter Arbeit ihren müden Gliedern Ruhe zu gönnen, um am folgenden Tage mit frischen Kräften nach ihrer Arbeit zu gehen.

Und keinem von ihnen fällt es ein: nimm Waffen und töte deine Mitmenschen im Nachbarlande.

Es fällt ihm nicht ein, weil er sie nicht kennt und keiner von ihnen ihm etwas zu Leid getan hat. Sie sind alle froh, wenn sie sich recht und schlecht durchs Leben schlagen und es friedlich genießen können. Und keiner von ihnen hat ein Interesse am Blutvergießen.

Und nun: eine starke blinde Macht reißt sie aus dem Kreise ihres Wirkens, ihren Familien und macht ihre Eltern, Geschwister, Frauen und Kinder weinen und treibt sie selbst zur Stadt, wo sie in den „bunten Haas“ gesteckt werden, den sie vor Jahren mit Freuden ausgezogen haben; sie bekommen schnellfeuernde Gewehre und scharf geschliffene Säbel in die Hand. Und dann jagt man sie in fremde Gegenden, von deren Existenz die wenigsten unter ihnen eine Ahnung haben, damit sie dort fremdes Blut vergießen. Fremdes Blut! Und ihr eigenes!

Und ein jeder von ihnen, ob Bauer oder Arbeiter, geht, weil er gehen muß, so widerwillig er auch gehen mag.

Es ist ihm nicht möglich, nicht zu gehen, weil die andern alle gehen. Und er wird worden und töten trotz des kategorischen Gebots: Du sollst nicht töten.

Und sie gehen in dichten Mengen und werden — in Uniformen gesteckt — eingereiht in Bataillone, Regimenter, Brigaden, Divisionen, Armeekorps; und alle sind verwirrt und führen blind die Befehle ihrer Vorgesetzten aus, ohne zu wissen, wohin sie geführt werden.

Anderer wiederum werden auf Schiffe gebracht, deren Maschinen, Panzer und Ausrüstung die Erträge jahrelanger Fleißes ganzer Provinzen verschlingen — und irgendwo auf dem ägäischen Meere fallen sie den feindlichen Torpedos zum Opfer, die meuchlings ihre Panzer durchbohren. Und unter den furchtbaren Explosionen der Maschinen sinken die Schiffe auf den Boden des Meeres! Für's Vaterland.

Und innerhalb der Gebiete zweier Mächte herrscht unbeschreibliche Verwirrung. Menschen töten ihre Gleichen. Moderne Riesengeschütze vernichten und zerstören mit ihren Bomben ganze Städte, zu deren Entstehen und Erbauung es des Ameisenfleißes unzähliger Generationen bedurfte.

Die Menschen sind in zwei feindliche Armeen getrennt, die einander zu vernichten bestrebt sind; das Blut rinnt in Strömen — für's Vaterland!

All das, was dem Leben der Menschen Zweck und Schönheit verleiht, Humanität der Arbeit, Kunst und Wissenschaft werden in den Hintergrund gedrängt und vergessen. Gesetz und Recht verschwinden und an ihre Stelle tritt das Gesetz der trachenden Mauer- und Mannlicher-Gewehre und das Recht der starken Faust.

Handel und Verkehr liegen schwer darnieder. Bankrott folgt auf Bankrott und die Wittwen und Waisen werden umsonst nach Hilfe und Brot stehen. Verzweifelte Menschen von Furcht und Hunger getrieben, ziehen planlos hin und her.

Und das Ende? Wenn Italien sich schließlich als Sieger behauptet, erkennt es dann, daß es nutzlos eine Milliarde verpulvert hat, nur um in den Besitz der weiten Sandwüsten Tripolis zu gelangen. Und es wird aufs neue unzählige Millionen investieren müssen, wofür ihm

keine Steuerzahler gewiß wenig Zufriedenheit bezeugen werden.

Und haben wie drüben sind viele blühende Menschenleben vernichtet und unglückliche Existenzen ruiniert worden. Viele Familien sind von Not und Schmerz heimgesucht worden und dem Elend preisgegeben. Und nach Millionen zählender Schaden auf beiden Seiten.

Und all dies moralische und physische Elend soll angeblich im Interesse des italienischen Volkes heraufbeschoren worden sein.

Das Interesse des arbeitenden Volkes in Italien ist wie überall unter möglichst günstigen Bedingungen zu arbeiten. Sein Interesse ist es nicht, fremde Länder, die es garnicht kennt, nie gesehen hat, zu erobern.

Daran haben nur eine Handvoll Leute Interesse: die Kapitalisten, die nach neuen Absatzgebieten für ihre Waren suchen. Und die Regierung Italiens, gleich rücksichtslos wie jede andere Regierung eines Klassenstaates, hat ein Interesse daran, ihren Kapitalisten den Willen zu tun; dabei verfolgt sie ihr Interesse, sich in die Reihe jener Staaten zu drängen, die da heißen „Großmächte“.

In seinen „Minnebriefen“ erzählt uns Mustatuli in den „Geschichten von der Autorität“ von dem dummen und krummbeinigen Krates II., der nach dem Tode seines Vaters dessen Thron bestieg. Das Volk jedoch wollte ihm kein Recht zugestehen, sich den Thron seines Vaters anzumachen und es wäre ihm schlecht ergangen, hätte sich seiner nicht seine Ruhme angenommen, die dem Volke erzählt, daß, als Krates I. einmal sein Haupt mit Del schaltete, ein Tropfen des Dels auch auf den damals noch in der Wiege liegenden Krates II. fielen. Und so gleich neigte sich das Volk vor Krates II. und ließ ihn auf dem Thron.

Wir lachen dann und wann über die groteske Geschichte Mustatulis. Aber im Leben handeln wir nicht besser. Eine Menge daneben gefallener Deltropfen fesseln auch uns zu Verpflichtungen, zu denen auch der Krieg gehört.

Wie lang noch?

legitime Grenzen zurückgeführt werden (bestrafte sucht man in Preußen und in anderen Bundesstaaten die Konsumvereine durch Steuererhöhungen zu erschrecken). Kurzum: Dieser Teil seiner Rede war eine ungeheuerliche Herausforderung der breiten Massen unseres Volkes. Und wenn noch etwas gefehlt hätte, um die Unterstützung zu steuern, dann sorgte der Kanzler auch dafür, indem er behauptete, die ganze Steuerungsdebatte entspringe lediglich den agitatorischen Bedürfnissen der Sozialdemokratie.

So der Hungerphilosoph von Hohensteinow. Und dieser Mann verlangt als Staatsmann ernst genommen zu werden. Die Frauen der Proletariat wissen es nun, daß es nicht des Reiches Politschurmanern sind, die den Familien das Brot rauben, sondern daß es ihre eigenen Männer sind, die durch ihre fortgesetzten Hezereien die Lebensmittelpreise in die Höhe getrieben haben. Solche Logik ist zum Schreien. Für wie unfähig dumm und geistig beschränkt muß dieser Reichskanzler das deutsche Volk einschätzen, wenn er voraussetzt, daß solche Mägdchen Glauben finden. Das ist die nackte Verhöhnung der hungernden Proletariatfamilien.

Freilich der Reichskanzler kann sich auf die Führer der christlichen Gewerkschaften berufen. Ist doch im „Centralblatt der christlichen Gewerkschaften“ folgende Weisheit zu lesen:

„Betreuer der für die landwirtschaftliche Produktion wirksamen alsdann der Seuchenbeschäftigung sowie der veterinärpolizeilichen Vorschriften für Vieh und Fleisch, nicht zuletzt jedoch auch die Erhöhung der landwirtschaftlichen Arbeiterlöhne.“

Zunehmende Wirtschaft und Viehzucht ist nur möglich mit geschultem Personal.

Ganz besonders in der Viehhaltung hat sich ein höherer Umschwung vollzogen. Während früher dieselbe fast ausschließlich durch weibliches Personal besorgt wurde, liegt sie jetzt in den größeren Betrieben in den Händen der Viehschweizer, die immerhin ganz erheblich höhere Löhne beanspruchen als die früheren Dienstmägde.“

Also die unermesslichen Vandalen sind die Hauptverursacher bei der ungeheuren Steigerung aller Lebensmittelpreise. Und das nennt sich Führer einer Arbeiterorganisation. Wie schrecklich dumm müssen doch die christlichen Arbeiter sein, wenn sie sich solchen Stolz vormachen lassen. Die notwendige Schutzmaßnahme dieser patentierten Unsiel ist doch, daß die christlichen Arbeiter in aller Zukunft nicht mehr höhere Löhne verlangen dürfen, um nicht eine weitere Steigerung der Teuerung herbeizuführen. Denn, wenn die Löhne zu hoch werden, dann sterben eben dieselben Lohnempfänger des Hungertodes. Da müßte man doch den Christen gleich die Löhne um 50 pCt reduzieren, dann hört die Teuerung ganz von selber auf.

Von gleichem geistigen Kaliber ist allerdings die felle des deutschen Landwirtschaftsstaates dem Reichstage übermittelte Denkschrift über die Lebensmittelteuerung. Wird doch in dieser behauptet, daß die Teuerung ein Akt ausgleichender sozialer Gerechtigkeit sei. Man sieht, verrückt ist Trumpf, leider ist auch die größte Verriektheit nicht im Stande von den Geheimen gewisser Schäfflein als solche erkannt zu werden.

Zur Widerlegung aller dieser agrarischen Verdrehungen und Selbstbetrugereien, setzen wir uns einmal die Verhältnisse in einem Lande an, das keine Zollmauern und keinen Liebesgabenbesitz an die agrarischen Raubritter kennt: Großbritannien.

Es handelt sich dabei um die Einfuhr nur des wichtigsten Nahrungsmittels, des Fleisches.

Die Einfuhr von gefrorenem und gekühltem Fleisch nach England, Schottland und Irland erreichte gerade im Jahre 1910 eine vorher nie erreichte Höhe, nicht weniger als 619 970 Tonnen Pfund oder um 78 714 Tonnen, das sind 15 pCt. mehr, als im Vorjahr wurden eingeführt. Dies fällt umso mehr ins Gewicht, weil gleichzeitig Italien und die Schweiz sich der Fleischzufuhr erschließen und Portugal seinen Importzoll aufgehoben hat, um die Einfuhr zu vermehren — eine Folge des rapiden Reisens der öffentlichen Meinung zu Gunsten der freieren Zulassung von Rindfleisch auf dem Kontinent, wie der „Economist“ betont.

Für den Gesamtverbrauch im vereinigten Königreich England fanden 1 209 208 Tonnen Rindfleisch und 604 212 Tonnen Hammel- und Lammfleisch der englischen Bevölkerung zu Gebote, das sind 59,7 Pfund Rindfleisch und 29,8 Pfund Schafffleisch per Kopf der Bevölkerung. Diese Mengen setzen sich zusammen aus

- 61,8 Prozent einheimisches,
- 24,9 „ gefrorenes,
- 8,8 „ gekühltes Fleisch und
- 4,5 „ Fleisch von importiertem
- Lebendvieh, somit aus
- 38,2 Prozent importiertem Fleisch.

Nahezu zwei Fünftel des Konsums werden also in Großbritannien eingeführt! Der Verbrauch betrug im Jahre 1910 im ganzen 1 813 420 Tonnen gegen 1 777 253 Tonnen im Vorjahr. Die britische Bevölkerung schließt also das Jahr mit einem Mehrkonsum von 36 000 Tonnen. So sorgt ein moderner demokratischer Staat für seine Bevölkerung — wir aber halten bei mühsamer Produktion unsere Grenzen zu Gunsten der autokratischen Viehmäster geschlossen.

Dem Gewicht nach wurde die heimische Versorgung auf 1 121 760 Tonnen, die Einfuhr im lebenden, gekühlten oder gefrorenen Zustand annähernd auf 691 660 Tonnen geschätzt. Man denkt bei uns nur an ein Herkunftsland, an Argentinien; dies deshalb, weil wir von Staats wegen die Schiffsahrtsgesellschaft subventionieren, damit sie eine direkte Schiffsahrtverbindung nach Buenos-Aires, einer Stadt mit mehr als einer Million Einwohnern, unterhalte und unseren Industrieprodukten den Eingang nach Argentinien verschaffe. Diese

Subvention ist hinausgeworfenes Geld, wenn die Schiffe keine Nachfrucht haben. Freilich aber ist die Meinung, daß Argentinien allein den Weltmarkt für gefrorenes Fleisch liefern. Gerade im Jahre 1910 ist Australien mit größeren Quantitäten auf dem Londoner Markt erschienen, auch Venezuela, Uruguay und Patagonien haben mit der Ausfuhr nach Europa begonnen; Australien und Neuseeland lieferten auch Schweinefleisch. Bemerkenswert wurde, daß das gekühlte Fleisch einen Vorsprung vor dem gefrorenen gewonnen hat.

Trotz dieser wachsenden Einfuhr steigt der Rindfleischstand Englands zwar langsam, aber alljährlich: er zählte 11 761 830 Stück im Jahre 1909 und 11 765 453 im Jahre 1910 — die Zahl der Schafe allerdings sinkt in diesen zwei Jahren von 31 839 799 auf 31 164 587. Der Rückgang an Wastvieh dem Umstand zugeschrieben, daß die Milchviehwirtschaft in erreichbarer Nähe einer größeren Stadt für den Farmer weit rentabler ist als das Mastvieh. Auch bei uns werden die rasch aufsteigenden Milchpreise die Abweckwirtschaft immer mehr ausdehnen und sowohl die Ausfuhr wie die Viehmast empfindlich einschränken. Das ist eine natürliche Einwirkung, die den Landwirten Gewinn bringt, aber den konsumierenden Massen die Fleischmahlung entzieht und über kurz oder lang die Öffnung der Grenzen für Fleischimporte erzwingen muß; diese Entwicklung macht aber auch sonnenklar, daß die Landwirtschaft durch die ergänzende Einfuhr eines Artikels, den sie als minder rentabel zu produzieren selbst nachläßt, absolut nicht leidet.

Und die Preise: Hammelfleisch aus Australien kostete im Engros-Handel Londons durchschnittlich 33 Pf. pro Pfund, ja es sank zeitweise auf 10 Pf. pro Pfund. Australisches Rindfleisch kostete in der ersten Jahreshälfte 47 Pf. im Juli 20 Pf. per Pfund.

Das waren die Engrospreise auf dem Londoner Markt. Sie zeigen, daß England in dem Ueberflusse ein billiges und reichliches Nahrungsmittel besitzt, sie schlagen alle Ausflüchte unserer Agrarier einfach zu Boden. Wenn das englische Volk das reichste und anspruchsvollste der Welt, sich mit diesem Fleisch begnügt, wenn es zwei Fünftel seines Konsums damit versorgt, so brechen alle Scheingründe unserer Lebensmittelmacherer in nichts zusammen und nichts bleibt über als das Staunen der ganzen Welt über die Klübnheit, mit der von den Klopfschreibern der Viehmäster offenkundige Tatsachen geleugnet, ziffermäßige Verweise gefälscht und hungernde Millionen betrogen werden sollen!

Man vergleiche damit die Verteilung des Schutzzollens seitens des Reichskanzlers.

Auf solche Regierungstatistik, die nur darauf hinausläuft, die Taschen der fetten Junker noch weiter zu füllen, hat das deutsche Volk nur eine Antwort. Hinweg mit dem schwarz-blauen Bloß, der die Stiche der Wollausbeutung. Hinweg mit dem blauen und schwarzen Gefindel aus dem Reichstag. Die Gelegenheit ist da, helfe jeder den eisernen Wesen führen, der die Brot- und Fleischwucherer hinwegjagt.

Deutsches Volk, du hast die Wahl, hungere weiter oder stimme deine Feinde nieder!

**Gewerkschaften und Reichstagswahlen.**

**Eine Aufrechnung.**

Die Episode Bülow-Bethmann-Hollweg dauert also nur noch bis zum 11. Januar 1912, am 25. Januar 1907 hat sie begonnen. Es gilt Bilanz zu ziehen, Abrechnung zu halten, den Schlußstrich zu machen. Der zum gesellschaftlichen Bewußtsein erwachte Arbeiter, der gewerkschaftlich organisierte Proletariat hat es besonders nötig, in den vier Jahren ist er mit Skorpionen gepöckelt worden.

Der Aufstich dazu war die kaiserliche Thronrede vom 19. Februar 1907, sie behauptete, die Sozialdemokratie habe den großen Gesetzen zum Schutze der Schwachen Widerstand geleistet, trotzdem sie sich als die wahre Vertreterin der Arbeiterinteressen bezeichne. Darunter dürfe aber der deutsche Arbeiter nicht leiden, deshalb seien die verbündeten Regierungen entschlossen, das soziale Werk der Gesetzgebung, das auf dem Grundsatz der sozialen Verpflichtung gegenüber den arbeitenden Klassen beruhe, im Geiste Kaiser Wilhelms des Großen fortzusetzen.

Dann kam — am 11. April — Graf v. Posadowski mit einem konservativ-liberalen Sozialprogramm, das reich an Versprechungen und arm an sozialpolitischen Wahrheiten liest. Er zauberte, gleich seinem damals in höchster Blüte lebenden Kollegen vom Kolonialamt einen sozialpolitischen Palmenhain vor die Augen des Reichstages und beteuerte im gleichen Moment, daß er ein konservativer Politiker sei.

Schon am 25. Juni war der Traum zu Ende, trotz seiner konservativen Glaubensbekenntnisse hatte es Posadowski längst mit den Schatzmachern aller Völker verbündet. An seiner Stelle trat Bethmann-Hollweg! Damit waren nicht nur die sozialpolitischen Pläne seines Vorgängers sondern auch jedes Gefühl der sozialen Verantwortlichkeit einer Regierung für das Volk, wie sie die Thronrede so schön ausgeführt, verschwunden. Nur das Reichsvereinsgesetz konnte vom Erbteil des früheren Ministers des Innern noch gerettet werden. Dann kam die Aera der Schatzmacher.

Der Zentralverband der Industriellen forderte in seiner Korrespondenz die Einfuhr von Rußland mit der Begründung, daß, solange der russische Ruß bedürftlos bleibe, der Kulturkampf, die unbenutzte kein Schaden entsetzlicher Gefahr trete erst in dem Moment ein, wo er sich assimiliere. Aus den Kreisen, in denen dieser Wunsch geboren, kam die

Forderung einer reinen Klassenkampfpartei des Unternehmertums, eine politische Partei der wirtschaftlichen Arbeiterfreunde ist das Ziel der Schmachtsucht dieser Leute.

Dazu kam eine wahlverwandte und dauernde Neugierungsunterstützung aller schatzmacherischen Gelüste und Wünsche. Im Juli 1908 erging ein Bescheid des preussischen Eisenbahnministers an den Verband der deutschen Tiefbauunternehmer, der ausdrücklich bestätigte, daß die Heranziehung ausländischer Arbeiter durch die Regierung unterstützt würde. Sogar besondere Erleichterungen für die Einfuhr williger und billiger Auslandsproleten wurde zugesichert!

Der schöne Traum der Witwen- und Waisenversicherung, wie der damalige Minister gegen die Sozialpolitik, Bethmann-Hollweg, sich geschmackvoll ausdrückte, wurde im Winter 1908-09 wieder besprochen. Die Regierung mußte eingestehen, daß sie kein Geld zu diesem Zwecke habe, trotz des heuchlerischen Beschlusses der Zentrumspartei bei der Beratung des Sozialtarifes. Die Ley Erlaubnis wurde 1902 vom Zentrum deshalb geschaffen, damit die aufwallende katholische Anhängerenschaft ihre Abgeordnete nicht wegen des Sozialtarifes zur Weichenschaft ziehe. Die vorgegebenen Gelder hat durch das Einfuhrschiffsystem der agrarische Bundesgenosse des Zentrums geschluckt.

Die Unternehmer gingen weiter planmäßig in der Bekämpfung ihrer Arbeitsskizzen vor. Auch die Privatangestellten wurden energisch an ihren gnädigst gewährten Brotkorb erinnert.

Die Geheimkonferenz der deutschen Verleger, die am 6. Januar 1909 stattfand, konnte schon vor unseren Freunden, die im Ministerium sitzen, sprechen. Geheimrat Hilger prägte das Charakteristikum der ganzen heutigen Sozialpolitik, als er sagte: Die Arbeiterkontrolleure sollen weiter nichts als weiße Salbe sein. Der Geheimrat Berggrün, der kurz vorher noch im Ministerium gesessen hatte, forderte die Herren, die am anderen Tage ins Ministerium zu einer Besprechung gehen wollten auf: „Drücken Sie dem Minister den Herrenstandpunkt ins Auge!“

Der Erfolg dieser skrupellosen Interessentwahrnehmung war für die Arbeiter rasch genug zur Wirklichkeit geworden. Den Verlegern antwortete der preussische Handelsminister auf ihre Eingabe, welche den Arbeitsnachweis des Bezugsverbandes betraf, ihm erscheine eine Vermittlung für paritätische Arbeitsnachweise „unmöglich“. Dies war am 25. Nov. 1909.

Am 12. April 1910 tritt der Zentralverband deutscher Industrieller alle sozialpolitische Arbeit der Regierung an. Arbeitsstammengesetz, Stellenvermittlungsgesetz, Gewerbeordnung usw., alles sollte entweder Gesetz für die Unternehmer oder weiße Salbe für die Arbeiter werden.

Zum Beifall, zum Spott, kam der Hoyn, die Freiheit der ungebildeten Gebildeten. Auch die Frau v. Wopelius mit ihrem Wasserstoffrezept vom 30. 4. 1910 gehört in dies Kapitel.

Weiße Salbe und kaltes Wasser, das ist das Programm der Arbeiterfreunde. Die Reichsversicherungs-Ordnung und die darüber gepflogenen Beratungen und gefassten Beschlüsse haben dies eben bewiesen, wie Noabit. Im Blute sollte nach bismarckischen Rezepten die Arbeiterbewegung erstickt werden, die stolze Disziplin der organisierten Arbeiter hat diesen Plan zu schanden gemacht, die Wahlparole, das Mittel, dem Büroer grausen zu machen vor der Sozialdemokratie, schlug nicht ein. Aber die Periode der Hinberührung hat trotzdem die Regierung in das Fahrwasser der Schatzmacher geworfen. Schutz den „Arbeitswilligen“, das war die Parole, unter der man nun gegen die Arbeiterbewegung loszog. Petition um Petition, Forderung um Forderung ging an die Regierung, dem Arbeiter sein einziges Recht, für sich zu kämpfen, zu nehmen.

Die Bemühungen der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Konservativen und ihrer Bundesgenossen haben bei der Reichsversicherungs-Ordnung Triumph ermöglicht. Die Reichsversicherungs-Ordnung ist nicht das, was sie sein müßte! Die Arbeiterbewegung muß sich eben jedes Stücklein Recht schrittweise unter unfähigsten Mühen erkämpfen, erzwingen! Sogar die Ehre des Proletariats wird im Schmutz zu halten versucht. Der Essener Meinedsprojektor ist die Erinnerung daran, daß das Proletariat heute auch vor den Gerichten oft genug nicht Recht bekommt. Was innerhalb der vergangenen vier Jahre an Beurteilungen von Streikposten, Gewerkschaftsbeamten, Arbeiterzeitungen usw. geleistet worden ist, erinnert an die Zeiten des Sozialistengesetzes!

Nicht vergessen darf werden, daß jeder Gesetzentwurf sozialpolitischer Art, den die Regierung einbrachte, so lange Bülow-Bethmann-Hollweg Trumpf gewesen ist, ein neuer Versuch war, die Arbeiterbewegung zu inaktivieren. Die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ebenso wie das Vereinsgesetz sollte Handhaben bieten, den Gewerkschaften ihre Kulturaufgaben schwerer zu machen.

Am 11. März muß jetzt jeder Arbeiter denken! Der ganze vierjährige Reichstag war mit Unfruchtbarkeit geschlagen und mit Sach gegen die aufstrebende Arbeiterbewegung genährt. Bülow versprach 1907 viel, gehalten wurde nichts! Nichts ist geschehen am Werke der sozialen Volksgesundheit.

Darum muß bei den Reichstagswahlen die Losung lauten: Wer als Arbeiter lebt, empfindet und denkt, wer sich seiner Stellung im Staate bewußt geworden, wer für wirklich soziale Politik ist, der muß soziale demokratisch wählen!

**Teuerung und Konsumvereine.**

Die Hitze und Dürre des letzten Sommers haben uns als böse Andenken Missernten und damit eine sich immer unerträglicher gestaltende Verteuerung aller Lebensmittel gebracht. Die proletarische Hausfrau weiß nicht mehr aus noch ein; denn kein Tag vergeht, an dem nicht die eine oder andere Ware wieder um einige Pfennige im Preise steigt und so alle künstlich ausgeklügelten, einem Finanzminister zur Ehre gerechnenden Berechnungen, wie mit dem Wirtschaftsgelde auszukommen sei, über den Haufen wirft. Die wahrhaftige, agrarierfeindliche Wirtschaftspolitik, die unsere herrschenden Klassen treiben, verschärft diese Zustände noch, statt sie zu mildern. Statt daß, insbesondere in Zeiten wie den gegenwärtigen, alle Grenzen weit geöffnet wären, um den auf dem Weltmarkt doch noch erheblich billigeren Lebensmitteln ungehinderten Eintritt zu gewähren, schließen wir uns gegen die preisdrückende Einfuhr ausländischen Getreides, ausländischen Viehes möglichst durch hohe Schutzgölle, Einfuhrverbote, Grenzsperrn ab. Ja wir beeinflussen sogar innerhalb des einheimischen Getreidemarktes das Spiel von Angebot und Nachfrage zumgunsten der Konsumenten, indem wir dem Getreideüberschuß der östlichen Teile des Reiches einen künstlichen Absatz nach dem Auslande durch die Erteilung von Ausfuhrscheinen, die in ihrer jetzigen Handhabung praktisch auf die Gewährung von Ausfuhrprämien hinauslaufen, schaffen.

Einmütig hat das Proletariat Deutschlands gegen diese geradezu unerhörten Zustände Protest erhoben. Es hat in hunderten von Versammlungen die sofortige Aufhebung der Getreidegölle, Abschaffung der Einfuhrscheine verlangt. In den Gemeindevertretungen haben unsere Genossen den Bezug von Lebensmitteln, insbesondere von Kartoffeln, Seefischen und Dauergetreide durch die Kommunen und Abgabe an die minderbemittelte Bevölkerung zum Selbstkostenpreise beantragt, einem Wunsche, dem bekanntlich auch mehrfach Rechnung getragen worden ist. Endlich aber ist von sozialdemokratischer Seite die Arbeiterschaft auch auf das Mittel der Selbsthilfe hingewiesen worden. Unter Bezugnahme auf die Beschlüsse der sozialistischen Kongresse von Kopenhagen und Magdeburg sind in unserer Presse, in unseren Versammlungen die Massen aufgefordert worden, sich den Konsumvereinen anzuschließen.

In der Tat sind die Konsumgenossenschaften auch sehr wohl in der Lage, den gegenwärtigen Notstand, wenn auch nicht zu beseitigen, so doch zu lindern. In welchem Maße sie dies können, das hängt ganz von der Beteiligung der Bevölkerung an ihnen ab. Ein großer wohlorganisierter Konsumverein, der den größten Teil der Einwohnerschaft einer Stadt umschließt, ist ebensoviel, ja noch besser als die Kommune imstande, durch den gemeinsamen Massenbezug von Lebensmitteln unter Vernichtung des Handelsgewinnes die Teuerungsgenossen zu lindern. Die Gemeinde muß sich die betreffenden Organe und Einrichtungen erst schaffen — der Konsumverein besitzt sie bereits. Die Aktion der Gemeinde ist auf einige wenige Massenkonsumartikel beschränkt, der Konsumverein kann schließlich alle Gegenstände des täglichen Bedarfs in seinem Geschäftsbetrieb aufnehmen. Und während endlich die Gemeinde nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Abgabestellen für die von ihr vermittelten Waren errichten kann, deren Aufsuchung der Hausfrau unter Umständen sehr viel Zeit kostet, kann der genügend mitgliederstarke Konsumverein eine große Zahl von Filialen in allen Stadtteilen unterhalten. So muß denn in der augenblicklichen Teuerungsperiode der Arbeiterschaft aufs dringlichste ans Herz gelegt werden, diese Würgen der Selbsthilfe zu stärken, sie durch massenhaften Beitritt zum Kampfe gegen den Lebensmittelwucher immer leistungsfähiger zu machen.

Aber wir haben es nicht nur mit einer vorübergehenden Teuerung zu tun, wenn auch die abnormen Verhältnisse dieses Jahres zu einer abnormen Gestaltung der Warenpreise geführt haben. Wir befinden uns schon seit einer längeren Reihe von Jahren in einer Periode langamer aber sicherer Aufwärtsbewegung aller Preise, sowohl der für landwirtschaftliche als auch der für industrielle Artikel. Diese Erscheinung ist eine internationale; sie ist in allen Kulturstaaten zu beobachten; und da die Ursachen, auf denen sie beruht, immer noch im Zunehmen begriffen sind, so ist in absehbarer Zeit nur mit ihrer weiteren Verstärkung zu rechnen. Sind nun die Konsumvereine in der Lage, auch gegen diese, in der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung begründete Verteuerung der Lebenshaltung, die immer wieder die Vertelle der von den Gewerkschaften errungenen Lohnsteigerungen zu verschlingen droht, mit Erfolg anzukämpfen?

Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir uns zuvor kurz über die Ursachen jener allgemeinen Aufwärtsbewegung der Weltmarktpreise klar werden. Die Verteuerung der Agrarprodukte hat ihren Grund in erster Linie in dem mit der Industrialisierung der neuen Welt wachsenden Eigenbedarf jener Länder, die sich im letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts zu Korn- und Viehproduzenten der Welt entwickelt hatten. Hierzu tritt die Erschöpfung des jungfräulichen Bodens in den überseeischen Gebieten, an dessen Stellen kein genügend schneller Ersatz in noch nicht erschlossenen Ländern tritt. Für die Preissteigerung der Industrieprodukte kommt neben der Verteuerung der Rohmaterialien die sich rapide vollziehende Verdrängung und Kartellierung der kapitalistischen Industrien als Hauptursache in Frage. Selbstverständlich nehmen in einem Lande mit Hochschuhsoll diese Erscheinungen einen um so bedenklicheren Charakter an, als durch die Agrarölle der Inlandspreis noch um den Zollbeitrag über den Weltmarktpreis hinaus gehiegt wird, während im Schatten der Industriegölle die kapitalistische Kartellierung um so üppiger und schneller ins Kraut schießt. Eine letzte Ursache für

**Krieg.**

Fressend am Horizonte der Welt  
Hat ein Feuer hochgegrüllt;  
Dunkle Schwaden schwingen sich auf,  
Blitze zerwirren das Wolkengehäu,  
Krächzende Vögel stoßen hernieder  
Mit gestäubtem Eisengefieder:  
Krieg!

„Krieg!“ Es springt über Babel und Berge,  
Straßen funkeln in Wehr und Wacht;  
Zagende Hände zupfen am Berge,  
Felder harren wie lauernde Särge,  
Brände gießen Blut in die Nacht.

Kommt er nah? — Die Glocken dröhnen  
Hilfsheischend in das Blau,  
Doch der Himmel echot Höhnen  
Und wird gnadenloses Grau;  
Und die Herzen der Völker schlagen  
Wänger in diesen feuchenden Tagen  
Und die Armen knien und klagen:  
Krieg!

Und mit einem ist er da:  
Schreckhaft, wüßt und schrankenlos.  
Städte lodern fern und nah,  
Leichen faulen frei und bloß.  
Feindliche Heere treffen sich draufend,  
Tausend an Tausend.

In die Wette hinausgeschmettert  
Rast voran der Trompeten Schrei'n;  
Faust am Degen hinterher wettet  
Der Reiter, holt die Stürmenden ein;  
Fahnen fliegen in das Gemähe,  
Wer sie wiederbringt, bleibt Held!  
Anrath, Kampf und prasselnde Schwall  
Wo blieb die Welt?

Durch Geschützgebell und Losen  
Zagen Stimmen, jäh und schrill;  
Tolle Herzen treiben Rosen,  
Brechen auf und werden still;  
Purpurne Standarten steigen  
Breit und prahlend in die Luft,  
Wimpeln über Schrei und Schweigen,  
Ueber Tapferen und Feigen  
Und ihr Zügel lockt und ruft:  
Krieg!

Immer wilder hat's gellungen,  
Wuchs zum rasenden Afford.  
Singeduckt und angesprungen!  
Aus der Seele Niederungen  
Bischt die alte Lust am Mord.  
Sterig krampft die Hand den Bügel:  
Schuß um Schuß! Es spritzt und sprüht.  
Hei, das tortelt wie Geflügel  
Und die Flinte gelst und glüht.  
Gilt jetzt Blut in Fleisch zu löten,  
Gilt zu töten!

Ist vielleicht jeder der einzige Sohn,  
Der dort fällt und fiel . . .  
„Vorwärts!“ rattert der Trommelton,  
„Vorwärts!“ wirbelt das Spiel.  
Nun wirft sich die Nacht auf Blut und Dampf,  
Aber sie bringt kein Raufen,  
Ueber Wunde und Tote haften  
Sie noch weiter in den donnernden Kampf.

Ober dem Gewürge her  
Trabt ein Mann auf plumpem Pferde,  
Riesenhoch und eisenschwer;  
Menthalben ist nur er,  
Ueber Himmel, Erz und Erde:  
Krieg!

die immer weitere Verteuerung aller Waren bildet endlich noch die ungesunde Entwicklung unseres Detailhandels. Wie die Berufsählungen ergeben haben, nimmt die Zahl der Händler weit rascher zu als die Bevölkerung. Unzählige auf anderen Gebieten gescheiterte Existenzen, die weder über die notwendige Fachkenntnis, noch über die nötigen Kapitalien verfügen, drängen sich im Kleinhandel zusammen. Indem sie so die persönlichen und sachlichen Unkosten der Gütervermittlung weit über das notwendige Maß hinausschrauben und diese so irrational wie möglich gestalten, unterwerfen sie die Ware einer ganz ungehörlichen Verteuerung.

Gegen diese zuletzt geschilderte Ausbeutung der Konsumenten durch den Zwischenhandel bietet zweifellos die genossenschaftliche Organisation der Gütervermittlung den einzigen innerhalb unserer Wirtschaftssysteme möglichen Schutz. Indem der Konsumverein die Umsätze vieler Tausender, ja Zehntausender von Familien zusammenfaßt, indem er die notwendigen Unkosten auf ein Mindestmaß herabdrückt, und gleichzeitig den Handelsgewinn ausschaltet, indem er endlich seine Umsätze mit denen der Konsumvereine des ganzen Landes zu gemeinsamer Einkauf zusammenlegt, ist er in der Lage, die Vermittlerfähigkeit zwischen Produzenten und Konsumenten zu dem denkbar geringsten Preisaufschlag zu besorgen.

Aber die Konsumgenossenschaft vermag auch, wenn auch nicht von heute auf morgen, mit Erfolg gegen die auf dem Gebiete der Produktion liegenden Preissteigerungen anzugehen. Sie kann schon erhebliches leisten, wenn sie dem Kartell der Produzenten gegenübersteht. Wir erinnern zu diesem Punkte nur an den siegreich durchgeführten Kampf der deutschen Groß-einkaufsgesellschaft gegen den Verband der Marten-artikelfabrikanten. Ferner an die Sprengung des englischen Eisentruffs, die nicht zum mindesten ein Werk der Konsumvereine war. In diesem Falle war der Sieg allerdings nur dadurch möglich, daß die englischen Konsumvereine an Stelle der Truffseife die in ihren eigenen Fabriken produzierte zum Verkauf brachten. Durch immer weitere Ausdehnung der Eigenproduktion der Konsumvereine, die bei uns in Deutschland freilich leider noch in den Anfängen steht, sind wir in der Lage, die Wirksamkeit eines kapitalistischen Ringes nach dem anderen für uns illusorisch zu machen und uns so von einer ganzen Reihe dieser Blutsauger zu befreien.

Am schwierigsten freilich liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Urproduktion. Der Betrieb von eigenen Landgütern durch die Konsumvereine hat sich bis jetzt nicht als rentabel erwiesen. Hier wird sich die Aufgabe der Konsumvereine vielleicht darauf beschränken müssen, durch Anknüpfung von direkten Geschäftsbeziehungen mit den landwirtschaftlichen Produzentengemeinschaften wenigstens einen unnötig verteuerten Zwischenhandel auszuschalten. Auch vermögen sie durch die Errichtung landwirtschaftlicher Wetterverarbeitungs-Betriebe — Mälereien, Bäckereien, Fleischereien, Molkereien, Milchverarbeitungsanstalten — die Wirkungen der landwirtschaftlichen Preissteigerungen für den Konsumenten bedeutend abzuschwächen.

Also auch über die gegenwärtige abnorme Teuerungsperiode hinaus, bietet die genossenschaftliche Organisation der Konsumenten ein wirksames Schutzmittel gegen die ständige Steigerung der Warenpreise, das — es braucht dies wohl kaum betont zu werden — selbstverständlich den auf Beseitigung der eigentlichen Ursachen jener Erscheinung gerichteten politischen Kampf der Arbeiterklasse nicht überflüssig macht. Sorge für die Gegenwart und Sorge für die Zukunft richten gleich bringend an die Arbeiterschaft die Mahnung:  
**Sine in die Konsumvereine!**

**Die Alkoholfrage.**

Eine der wichtigsten sozialen Fragen, welche die Arbeiterschaft jetzt sehr interessiert, ist unzweifelhaft die Alkoholfrage. Die gesamte Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft leidet unter dem Alkoholemiss. Der Alkoholkonsum verschlingt die ungeheure Summe von 3 Milliarden und 300 Millionen Mark. Das ist sechs mal so viel, als der Staat für den größten Kulturzweck, für Schulen, ausgibt, und zehnmal so viel, wie für die ganze soziale Gesetzgebung verausgabt wird. Rechnen wir hinzu 80 bis 85 000 Körperverletzungen, die jährlich in der Trunkenheit in Deutschland vorkommen und die Kosten der Gefängnisse, so hat man ein Bild der volkswirtschaftlichen Schäden. In Berlin allein fanden sich in einem Jahre 3—4000 ebeverlassene Frauen, deren Männer Trinker sind. Man berechne hiernach die Kosten der Armenverwaltung. So sehen wir, wieviel ungeheure Summen direkt und indirekt für den Alkoholemiss verausgabt werden. Im Jahre 1909 wurden pro Kopf der Bevölkerung 125 Liter Bier, 9 Liter Schnaps und 7 Liter Wein verbraucht. Pflückt man nun Frauen, Kinder und Nichttrinker ab, so kann man sich vorstellen, welches Quantum auf den einzelnen Trinker fällt. Es wäre ein bedeutender Fortschritt, wenn das Geld dazu benutzt würde, gesunde Wohnungen zu beziehen, bessere Nahrung und Kleidung zu konsumieren. Fragen wir nun, warum wird getrunken, so wird uns verschieden geantwortet: Der Eine sagt, er trinkt, um sich zu erwärmen, der Andere, um sich abzukühlen, der Dritte, zur Unterhaltung, zum Zeitvertreib, der Vierte, um den Durst zu stillen, um Kraft zu gewinnen usw. Der größte Teil der organisierten Arbeiter ist heute schon zu der Einsicht gekommen, daß es besseren Zeitvertreib gibt, als sein Geld in Alkohol anzulegen, schon aus gesundheitlichen Rücksichten. Abgesehen von einer glückseligen, reinen familiären inneren Organe unter dem Alkoholemiss: die Luftröhre, Leber, Nieren, Herz, Magen usw. Die Schädigung des Gehirns tritt sehr häufig zu Tage. Stellen wir

uns einmal vor, wir kommen vollständig nüchtern in einen Kreis Bekannter, die seit mehreren Stunden „guten Stoff“ vertilgen. Wenn wir uns als stiller Beobachter in die Nähe des Tisches setzen, erkennen wir unsere Freunde kaum wieder. Der Eine, der sonst wenig oder gar nichts sagt, hat einen nicht abbrechenden Redefluß erhalten. Der Andere ist ganz still geworden. Der Dritte kann weinen, wie ein Kind. Während der Bierer ein Gemütsmensch ist, ist der Fünftel so gütig, daß ihn alle meiden. Hier sehen wir die Wirkung des Giftes sofort. Nach statistischen Aufstellungen verüben jährlich in Deutschland 16 000 Trunksüchtige Selbstmord, 30 000 verfallen dem Illirium und 250 000 kommen durch Trunkenheit mit dem Gesetz in Konflikt, oder werden zu Verbrechern. Fast die Hälfte aller Geisteskranken verdankt ihre Krankheit dem Alkohol. Von 100 Kindern, deren Väter Trinker waren, wurden 17 normal, 83 für anormal befunden. Betrachten wir noch die Zwischenstufe, abgestuft von einem gesunden bis zu einem von dem Alkohol vollständig zerrütteten Menschen, so finden wir ungeheures Elend. Nur aus Unkenntnis kann sich der Mensch so weit degradieren. Darum heißt es: **A u f k l ä r u n g u n d L i c h t** unter den Volksgenossen verbreiten.

Einen wesentlichen und wichtigen Beitrag für die Trunksuchtstatistik hat das Preussische Statistische Landesamt geliefert durch eine Nachweisung der mit Trunksucht belasteten Personen in den allgemeinen Heilanstalten Preussens von 1877 bis 1907. Die Tabelle ergibt eine beträchtliche und mit einzelnen Ausnahmen stetige Vermehrung der in Heilanstalten verpflegten Trinker. Waren es 1877 3052 (2854 männliche und 198 weibliche), so 1887 schon 10 410 (9775 männliche, 635 weibliche), 1897 12 256 (11 557 männliche, 699 weibliche) und 1907 17 302 (16 343 männliche, 159 weibliche). Nun ist es allerdings nicht angängig, aus dieser harten Zunahme trunksüchtiger Patienten (nach 30 Jahren fast die sechszehnfache Zahl), eine gleichmäßige Steigerung der Trunksucht abzuleiten. Wir dürfen nicht vergessen, daß die ärztliche Wissenschaft von heute in vielen Fällen den alkoholischen Charakter einer Krankheit sowohl erkennen, als bezeugen wird, wo sie es vor 30 Jahren noch nicht konnte, oder wollte. Ferner wird, entsprechend den Fortschritten der Heilkunde, gerade auf dem neuropathischen Gebiete, die Heilanstaltsbehandlung heute sehr oft eintreten, wo man früher den Trinker in seiner alten Umgebung und ohne ärztliche Pflege ließ. In dieser Beziehung ist besonders lehrreich die relativ stärkste Steigerung in den achtziger Jahren: 1882, 3544, 1883: 5604, 1884: 7558, 1885: 8819, 1886: 10 085. Das waren gerade die Jahre, wo in Deutschland die Nüchternheitsbewegung kräftig einwirkte. Hand in Hand mit dieser Bewegung ging die vermehrte Aufmerksamkeit, die man von ärztlicher Seite dem Alkoholismus, seinen Ursachen und Wirkungen zuwandte. In dem Jahresbericht des Professors Stadelmann aus dem Friedrichshain-Krankenhaus der inneren Abteilung wird berichtet, daß unter den von ihm beobachteten Kranken viele gewesen seien, bei denen er schweren Alkoholmißbrauch feststellen konnte. Im Berichtsjahre habe er nicht weniger als 48 Fälle von Säuferleber und fast 100 Fälle von Säuferschwermere beobachtet. Außerdem sei aber auch ein großer Teil der Fälle von Herzkrankheiten, Gefäßkrankheiten, Nierenkrankheiten usw. auf gewohnheitsmäßigen Schnapsgegnuß zurückzuführen. Auch bei chronischem Gelenkrheumatismus und Muskelrheumatismus „spiele Alkoholmißbrauch eine wesentliche Rolle“, bei dem größten Teil der Kranken handelt es sich um gewohnheitsmäßige Schnapsäufer. Aus derselben Ursache erklärt Stadelmann die von ihm beobachtete Sterblichkeit bei Lungentzündung. „Sehr häufig handelt es sich“, so sagt er, „um Säufler, Schnaps-trinker und Deliranten, welche dann leider auch in noch jugendlichem, kräftigen Alter der Erkrankung erlagen, die sie ohne den vorausgegangenen gewohnheitsmäßigen und übermäßigen Alkoholgenuß sicher überstanden haben würden“. Stadelmann schließt mit der folgenden Erklärung: „Ich halte mich für verpflichtet, erneut auf die Schädigungen hinzuweisen, welche die Schnapspest für unsere Arbeiterbevölkerung mit sich bringt, und die unter derselben leider in ansteigendem Maße verbreitet ist. Es ist eine Seltenheit, wenn einer von unseren Kranken männlichen Geschlechts angibt, außer verschiedenen Flaschen Bier täglich für weniger als 20 Pfennige Schnaps zu trinken. Meistens sind es 30 Pf., die er täglich dafür anlegt, nicht selten aber 50 Pf. Ja, manche kommen auf 1.— bis 2.— Ml. täglich. Allgemein ist die nicht genug zu bekämpfende, natürlich falsche, Ueberzeugung unserer Kranken, daß sie den Schnaps zu ihrer Arbeit brauchen. Es ist erschreckend, wie groß der Prozentsatz von kräftigen Männern ist, die infolge dieser falschen Ansicht, vielleicht auch in Unkenntnis der traurigen Folgen des gewohnheitsmäßigen übermäßigen Alkoholgenusses und speziell des Schnapses, im besten Mannesalter ihre Kraft, Gesundheit und Arbeitsfähigkeit schädigen, untergraben und vernichten.“

Ueber den Alkoholverbrauch in Lübeck gab der Direktor des Statistischen Amtes daselbst, Dr. Hartwig, ein anschauliches Bild in seinem Bericht über die dortige Trinkerfürsorge. Nach seinen Ausführungen wurden im Jahre 1908 in der Stadt Lübeck 9 Millionen Mark für geistige Getränke ausgegeben. Das sind 93.— Ml. pro Kopf der Bevölkerung. Etwa die Hälfte davon — 4,37 Millionen oder 46.— Ml. pro Kopf — entfielen auf Bier, 2½ Millionen Mark auf Wein und 2 Millionen Mark auf Schnaps. Demnach wurden 14 pCt. des Gesamteinkommens der Lübecker Einwohner in Bier und Spirituosen angelegt. Dieser enorme Alkoholkonsum machte sich in der Kriminalität, der Armenpflege, im Krankenhaus- und Fremdenwesen mit unangenehmer Deutlichkeit bemerkbar. In den letzten Jahren wurden durchschnittlich 1000 Strafen wegen alkoholischer

Exzesse verhängt. Im Krankenhaus wurden zwischen 35 und 75 Personen wegen Alkoholismus behandelt. Der Bierverbrauch beträgt 134,8 Liter pro Kopf, übertrifft also den Durchschnittsverbrauch im Reiche um 23 Liter. Dieser starke Alkoholgenuß, zu dem der in den Seestädten übliche Genuß von Grog nicht wenig beiträgt, reicht weit zurück, denn schon im Jahre 1837 hat er in Lübeck eine „Bewegung gegen den Mißbrauch des Branntweintrinkens“ hervorgerufen. Die Guttemplerlogen und die des Blauen Kreuzes kamen aber erst im letzten Jahrzehnt des vorigen Jahrhunderts zu einigem Ansehen. Gegenwärtig hat Lübeck 650 bürgerliche und 50 (!) Arbeiterabstinenten. Leider gehören noch zahlreiche Arbeiter der Guttemplerloge an. Die öffentliche Trinkerfürsorge ist erst im letzten Jahre gegründet worden. Sie hatte sich im ersten halben Jahr ihres Bestehens mit 63 Fällen zu befassen, davon entfielen 61 auf Männer und 2 auf Frauen. Dem Berufe nach waren die Trunksüchtigen 18 Arbeiter, 9 Kaufleute, 6 selbständige Gewerbetreibende und 5 Beamte. Ueber die übrigen enthält der Bericht keine Angaben. 12 Trunksüchtige wurden veranlaßt, einem Abstinenzverein beizutreten (drei davon wurden rückfällig), 6 wurden in Heilanstalten gebracht, 13 wurden entmündigt. Mehrere Lesserten sich erheblich. In einigen Fällen war nichts zu erreichen. 20 pCt. der Kranken stammten vom Trinker ab, 10 pCt. sind durch widrige Verhältnisse zu Trinkern geworden. Fast alle waren verheiratet. Der Direktor weist darauf hin, daß der so m u n a l e p a r t i k i l l i c h e Arbeitsnachweis auch bei Bekämpfung der Trunksucht sehr viel leisten könnte, durch Aufklärung über die Folgen des Alkoholgenusses und dadurch, daß er den Leuten Arbeit verschafft; deshalb sei dieser ein dringendes soziales Problem, das nicht schnell genug geschaffen werden könne.

Damit wird er freilich bei dem reaktionären Gesichter wenig Gegenliebe finden. Am November 1903 schrieb noch die „Post“: „Die Atmosphäre, welche der Zigarren- und Spiritusdunst erzeugt in den Parteikneipen, sei nach dem Ausspruch erfahrener Genossen nötig, um die Köpfe neuer Parteikandidaten für die Lehren der Umsturzpartei recht empfänglich zu machen.“ — Als jedoch die organisierte Arbeiterchaft der Schnapsbojler proklamierte, wurde den Schnapsbrennern und Spiritusfabrikanten unheimlich zu Mute. Das bewies die Vorgänge in der 57. Generalversammlung deutscher Spiritusfabrikanten, abgehalten am 26. Februar 1909 im Lokal „Rheingold“ zu Berlin. Unter den Teilnehmern befanden sich: eine Gräfin, 4 Grafen, 4 Freiherrn, 31 einfache adelige und eine große Anzahl bürgerlicher Schnapsbrenner. Die Regierung hatte als Gäste entsandt: Ministerialdirektor Dr. Thiel, Geh. Reg.-Rat Hr. v. Falckenhausen, Geh. Ober-Reg.-Rat Professor Dr. v. Berchka und Reg.-Rat Dr. Appel. Geschäftsführer des Vereins ist der Geh. Regierungsrat Professor Dr. M. Delbrück. In seinem Bericht betonte er, daß der Verein angesichts der neuen Steuer bestrebt sein müsse, den Schnapskonsum zu fördern. Der Abstinenzbewegung müsse mit aller Schärfe entgegengetreten werden, denn der Konsum an Trinkschnaps sei erheblich gesunken. Die Schnapsbrenner wollen international gegen die Abstinenzisten vorgehen. Durch Errichtung einer ernährungsphysiologischen Abteilung, unter der Leitung des Privatdozenten an der landwirtschaftlich-wirtschaftlichen Hochschule, Herrn Dr. Voelz. In diesem Laboratorium, für das jährlich 20 000 Ml. zur Verfügung stehen, sollen alle die Alkoholfrage betreffenden Untersuchungen ausgeführt werden. Alles was in der Literatur, an Experimenten und Behauptungen auftritt, soll auf seine Richtigkeit untersucht werden. Herr Dr. Voelz würde noch ein Mediziner und ein Chemiker als Assistenten zur Seite stehen. Der Vorstand und Ausschuss haben deshalb beschlossen, für die Herstellung von Trinkschnaps und Likören eine besondere Abteilung einzurichten. In dieser Abteilung sollen auch die alkoholfreien Getränke beobachtet werden. Die Abstinenz geht so vor, daß sie überall Alkoholfreiheit verlangt, aber das Trinktverbot der Bevölkerung wird durch die sogenannten alkoholfreien Getränke nicht befriedigt. „Ich weiß nicht“, führte der „geistreiche“ Professor Delbrück aus, „ob Sie geneigt sind, einmal eine Kostprobe auf diesem Gebiete vorzunehmen. Dann geben Sie bitte in eine alkoholfreie Schänke und versuchen Sie dort einmal, Ihren Durst zu stillen. (Gelächter). Ich habe mit einigen Kollegen den Versuch gemacht. Wir hatten uns den Tag über auf einer Exkursion schon reichlich mit dem uns gemehnen Getränken versorgt, und waren der Meinung, des Abends müßten wir alkoholfrei leben (große Heiterkeit). Nun, in einer halben Stunde hatten wir die ganze Karte durchgekostet und vertiefen mit Grauen das Lokal. (Große Heiterkeit).“ Nach ihm sprach der Reichstagsabgeordnete Hans Eddler Herr zu Puttk, der die Vorgänge der Schnapsbrenner schilderte. Rittergutsbesitzer Landrat von Puttkamer Dornow, erblickte in der neuen Branntweinsteuer, die den Konsum verringern müsse, eine Vermögenskonfiskation, die sich niemand gefallen läßt; selbst der Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird. — Rittergutsbesitzer Förster Kintopp sagte: „Je weniger getrunken wird, desto höher muß der Preis geschraubt werden, und je höher der Preis, desto weniger wird gerunken, und das Endergebnis wird sein, daß unser Gewerbe in Grund und Boden ruiniert wird.“ (Ein Ziel, aufs Innigste zu wünschen!) Man vergleiche den Artikel der „Post“, die 57. Generalversammlung der Spiritusfabrikanten, sowie das Gutachten der größten ärztlichen Autoritäten, mit dem Artikel, den der „Vorwärts“ am 5. Oktober 1909 brachte. Man erkenne sofort, auf welcher Seite die Scham zu den Hundstößen ist. Der „Vorwärts“-Artikel lautet:

„Die bürgerliche Alkoholfrage ist eine Säuferfrage. Es ist die Frage des einzelnen, der seinen

Alkoholverbrauch so weit gesteigert hat, daß dadurch seine Gesundheit geschädigt wird. Die Trunksucht, die Krankheiten erzeugt, wird selbst zur Krankheit. Darum ist es auch so schwer, mit ihr fertig zu werden. Diese Säuferfrage besteht auch für die Arbeiter, nur daß hier zu der Krankheit sich das Elend gesellt. Der Kapitalist kann ein Vermögen für Alkohol ausgeben, ohne deshalb ärmer zu werden, denn seinen Reichtum schaffen ihm andere, er braucht dazu keine körperlichen Kräfte und kann auch den Geist entbehren. Das Leben in guten Verhältnissen, die Auswahl seinerer Getränke, die ärztliche Pflege, das alles mildert für ihn die gesundheitlichen Folgen der Trunksucht. Der Arbeiter, der, der kauft, macht sich selber das Leben zur Qual und das Leben seiner Familie zur Hölle; er bringt sich und die Seinigen um die Mittel des Lebens, er ruiniert seine Arbeitskraft, so daß sein Lohn immer tiefer sinkt; er wird arbeitsunfähig, verliert jeden sozialen Halt, wird zum Bettler und Lumpen und bereitet seinen Kindern ein schlimmeres Los, als wenn sie verwaist wären; er erzeugt derartiges Unheil, daß er im Bewußtsein dessen, was er getan, wahnsinnig werden müßte, wenn ihm nicht der Wahnsinn, den der Alkohol schafft, das Bewußtsein getrübt hätte. Das wissen wir und wir verdammten es; aber wenn man zu uns mit der Behauptung kommt, die Trunksucht sei die Quelle des Arbeiterelends, so weisen wir das als Heuchelei zurück. Wohl gibt es Trunkenbolde auch unter den Arbeitern, aber die Arbeiter sind es nicht, die die Säuferanstalten füllen. Miserabel ist auch die Lage der Arbeiter, die keine Säufer sind und oft genug in das verwerfliche Elend erst die Quelle der Trunksucht. Wir wollen dem Uebel steuern, daß der Einzelne durch Trunksucht sein Arbeiterlos zu einem Jammerdasein voll Scheußlichkeiten gestaltet, aber wir werden uns deshalb von dem Kampf gegen die kapitalistische Ausbeutung nicht ablenken lassen, die das allgemeine Elend der Arbeitermassen bedingt. In diesem Kampfe wird die Alkoholfrage zur proletarischen Klassenfrage. Die proletarische Alkoholfrage ist nicht eine Frage des Einzelnen, sondern der Massen. Sie ist eine Kulturfrage. Es ist die Frage, ob die Arbeitermassen ihre geringen Mittel verschwenden, ihre geringe Muße vergeuden sollen, oder ob sie beides verwenden sollen, um ihren Geist aufzuklären, die neue Generation zu unterrichten, die Organisation zu fördern. Soll der Arbeiter, der alle Feiertage einmal frei ist, mit seiner Freiheit seinen besseren Gebrauch machen, als seinen Geist durch Alkoholdünste zu betäuben? Dem Sklavendasein entspricht der Sklavengenüß der Helote, der dem Joch entronnen ist, frist sich voll und besäuft sich, wenn er kann. Das Proletariat ist aber eine aufstrebende Klasse. Das Proletariat arbeitet an seiner Zukunft, darum muß jeder an sich selbst bildend wirken. Der Arbeiter muß sich geistig von der Nüchternheit frei machen, wenn er sie materiell überwinden will. Er muß einen Genuß empfinden, der ihn seelisch emporhebt, nicht herabwürdigt, wie der Alkohol; er muß die Gelegenheit ergreifen, um die Welt kennen zu lernen, die er empfinden will, es geziemt ihm nicht, sein Geld und seinen Geist im dumpfen Werdusel des Wirtschaftshauses zu verträdeln. Die Herrschenden haben stets den Alkohol gebraucht, um die Masse in den Massen zu erwecken. Während der Revolution werden die Soldaten besoffen gemacht, um sie zum Brudermord gefügig zu machen. Der Alkohol dient dazu, in ihnen das Menschlichkeitsgefühl abzutöten. Der Alkohol hat den Freiheitskämpfern viele blutige Wunden geschlagen. Er macht den Arbeiter zum Verräter an sich und seiner Klasse. Dagegen propagierten die Massen in der Revolution stets Entschlossenheit vom Alkohol. Die Bourgeoisie schimpft über den besoffenen Böbel, aber so, nicht anders, möchte sie die Arbeiter haben. Wieben die Arbeiter unwillkürlich, roh und stumpsinnig, dann hätten die bürgerlichen Politiker ein heiteres Leben. Doch die Arbeiter wollen heilsend sein, und ihre Interessen wahrnehmen, darum müssen sie dem Alkohol entsagen, der den Geist trübt. Sie müssen ihm schließlich entsagen, weil sie ihr Geld für andere Zwecke brauchen. Sie brauchen es für die Organisationen, für die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Wie schwer entwickelt sich der Arbeiter noch kauer, seinen Beitrag an die Organisation abzuführen, wie leicht findet er sich dagegen bereit, einen viel höheren Beitrag für Alkohol auszugeben! Gewiß, jeder Pfennig Ausgabe des Arbeiters ist Entbehrung; aber der Alkoholgenuß ist ihm kein Gewinn, er ist Verlust, Zerstörung an Leib und Seele. Wenn die Arbeiterorganisationen über die Summen verfügen könnten, welche die Arbeiter im Alkohol vergeuden, würden sie eine gewaltige Macht darstellen. Sie besitzen diese Summen nicht — noch mehr, das Geld fließt zu einem großen Teil den Feinden der Arbeiter zu. Jeder Alkoholgenuß ist eine Steuerzahlung. Statt ihre eigenen Organisationen zu fördern, unterstützen die Arbeiter durch den Alkoholgebrauch den Staat, der sie unterdrückt und der Kapitalistenklasse dient. Sie führen einen Kampf gegen den Militarismus und Marinismus und ernähren ihn doch selbst durch den Alkoholgenuß. Niemand zwingt sie dazu, kein Gebot und keine Not, aber sie tun es dennoch, schmeiden ihre eigenen Fesseln, binden sich Geist und Hände. Helfen sich den Klassengegnern aus, durch den Alkoholgenuß. Darum, nicht nur im Interesse des leiblichen Wohles des Einzelnen, sondern vor allem im Interesse der kämpfenden Klasse, fordern wir Einschränkung des Alkoholgenusses. Das ist der Sinn der auf dem Parteitag gefaßten Resolution. Wir wenden uns nicht nur an die übermäßigen Trinker. Wir fordern die Enthaltensamkeit der Enthaltensamen. Das ist ein viel größeres Ziel und zugleich leichter zu erreichen, denn bei den vielen, bei der Masse ist der Alkoholgenuß noch nicht zur Krank-

# Der Transportarbeiter-Notizkalender für 1912

ist soeben erschienen und durch die Ortsverwaltungen zum Preise von 50 Pf. zu beziehen. Der Kalender

enthält viel Wissenswertes für die Kollegen, fernet auch wichtiges Agitationsmaterial, es sollte daher kein Kollege säumen sich das interessante und praktische Büchlein zuzulegen.

heit geworden. Der Alkohol ist kein Nahrungsmittel, der Alkoholgenuß ist nur eine schlimme Gewohnheit, der man entsagen kann, wenn man zur Einsicht ihrer Verderblichkeit gelangt ist. Wie der Arbeiter in der Stadt eine höhere Lebensart, Kultur- und Wohlfahrt kennt, so muß er in der Gewerkschaft und in der Sozialdemokratie lernen, dem Alkoholgenuß zu entsagen, um nicht nur als sauber gekleideter, sondern als denkender Mensch, der seines Lebensziels und seiner Klassenaufgaben sich bewußt ist, dazustehen. Das ist leichter als jene Entbehrungen, die er sich auferlegt, um sich ein Sonntagsgleid oder ein Möbelstück anzuschaffen. Noch leichter ist es, die heranwachsende Jugend vom Alkohol zurückzuhalten. Es ist ja bloß das Beispiel der Erwachsenen, es ist der Bier- und Schnapsstultus, der sie dazu anreizt. Eine Umänderung der Auffassung in den Arbeiterkreisen, die Erkenntnis der Verderblichkeit des Alkohols, die allgemeine Verbreitung des Enthaltensamkeitgedankens kann bei der Jugend Wunder bewirken. Schließlich, wenn die Gewerkschaft und die Sozialdemokratie an die Stelle des Wirtschafters treten, dann wird auch die Frau des Arbeiters viel leichter für die Gewerkschaft und für die Sozialdemokratie zu gewinnen sein. Darum, Kollegen, lernt die Alkoholfrage erkennen, meidet namentlich den Schnaps in Euren eigenen Interesse, im Interesse Eurer Familie, im Interesse des ganzen Volkes! Wir werden dann den langen Weg, der uns einer besseren Gesellschaft entgegenführt, bedeutend verkürzen.

## Aus unserem Beruf.

### Automobilführer.

**Das Automobilgesetz vor dem Reichsgericht.**  
Das Automobilgesetz, das im August 1909 in Kraft getreten ist, hat vorige Woche zum ersten Male das Reichsgericht beschäftigt. Der § 7 dieses Gesetzes enthält den Halter des Kraftfahrzeuges für haftpflichtig, wenn beim Betriebe des Fahrzeuges der Körper oder die Gesundheit eines Menschen verletzt oder eine Sache beschädigt wird. Der Absatz 3 dieses Paragraphen lautet folgende Ausnahme zu: „Wird das Fahrzeug ohne Wissen und Willen des Fahrzeughalters von einem anderen in Betrieb gesetzt, so ist dieser an Stelle des Halters zum Ersatz des Schadens verpflichtet.“ Der Fall, daß jemand ein Fahrzeug ohne den Willen des Automobilhalters in Betrieb setzt, tritt jedenfalls dann ein, wenn ein Mensch ein auf der Straße stillstehendes Automobil bestiegt und mit ihm davonfährt. Anders ist es jedoch, wenn der Automobilhalter das Fahrzeug einem Freunde für einige Stunden zu einer Spazierfahrt leiht und der Entleiher länger bleibt, als wie er gesagt hat. Der Auffassung, daß der Automobilhalter weiter haftet, wenn sein Chauffeur eine von dem Halter gewollte Fahrt für sich weiter ausdehnt, ist das Reichsgericht für den vorliegenden Fall beigetreten. Dabei handelte es sich um folgende Vorgänge: Ein Lastautomobil der Mülheimer Aktienbrauerei war auf der Straße von Mülheim nach Wesel hängen geblieben. Infolgedessen wurde der Chauffeur mit dem Lastautomobil zu Hilfe geschickt. Nachdem der Schaden behoben war, fuhr der Chauffeur nicht zurück, sondern weiter nach Wesel, um dort seine Mutter zu besuchen. Als er abends nach Mülheim zurückfuhr, geriet er in der Nähe der Lippebrücke mit einem Pferdegespann zusammen und beschädigte Pferd und Wagen. Die Schadenersatzansprüche, die der Fuhrwerksbesitzer H. infolge dieses Unfalls gegen die Mülheimer Aktienbrauerei erhoben hatte, wurden vom Landgericht Duisburg dem Grunde nach als berechtigt anerkannt. Ebenso entschied abgesehen vom Schmerzensgeld, das Oberlandesgericht Düsseldorf. In seinen Entscheidungsgründen erklärte das Oberlandesgericht, daß das Fahrzeug mit dem Willen der Brauerei in Betrieb gesetzt worden ist und daß die Brauerei deshalb nach § 7 des Automobilgesetzes haftpflichtig ist. Der Ausnahmefall des Absatzes 3 liegt nach der Ansicht des Oberlandesgerichts nicht vor. Denn der Automobilhalter soll nach dem Sinne des Gesetzes für nachteilige Folgen durch den Betrieb einstehen, den er veranlaßt hat. Das sei aber auch noch dann der Fall, wenn seine Angestellten den Betrieb fortsetzen. Die Ausnahmefälle des Absatzes 3 bezwecke den Ausschluß der Haftung nur dann, wenn die Inbetriebsetzung durch andere erfolgt. Das Reichsgericht ist dieser Auffassung beigetreten und hat die Revision der beklagten Brauerei zurückgewiesen. Zur Begründung hat der anerkannteste Senat erklärt, daß mindestens in dem vorliegenden Falle der Absatz 3 des § 7 des Automobilgesetzes nicht anzuwenden gewesen sei.

**Unfall, nicht fahrlässige Fötung.** Der Chauffeur Martin mußte sich wegen einer angeblichen fahrlässigen Fötung vor der vierten Strafkammer des Landgerichts Berlin I verantworten. Der erhobenen Anklage lag folgender Tatbestand zu Grunde: Am 29. Januar d. J., vormittags 10 1/2 Uhr, schoben drei Arbeiter einen mit Bohlen beladenen Handwagen auf der Charlottenburger Chaussee in der Richtung nach Charlottenburg in einiger Entfernung von den Straßenbahnseilen. Je ein Arbeiter schob an jeder Seite des Wagens, während der Dritte, der Arbeiter Wilhelm Brunsche, den Wagen mit der nach hinten gerichteten Laufklinge steuerte. Hinter diesem Wagen kam der Angeklagte mit seinem Automobil. Er fuhr mit einer

Geschwindigkeit von 17-19 Kilometer in der Stunde. Als er den Handwagen ziemlich erreicht hatte, steuerte er sein Fahrzeug nach links hinüber, um ihn zu überholen. Da sah er, daß ihm ein entgegenkommendes Fuhrwerk die Möglichkeit, an dem Handwagen vorbeizukommen, benahm. Infolgedessen bremste er sehr rasch. Der Handwagen schlenkerte nach rechts, erfaßte den Arbeiter Brunsche und quetschte ihn gegen den bohlenbeladenen Handwagen. Martin brachte den Verunglückten in seinem Auto nach dem Krankenhaus Moabit, wo selbst jener seinen Verletzungen erlegen ist. Die Schuld an diesem Todesfalle wurde von der Anklage Martin beigemessen, weil er die ihm vermögliche Vermeidung besonders zusetzende Aufmerksamkeit außer Acht gelassen habe. Der Angeklagte verneinte dies und führte den Unfall auf einen unglücklichen Zufall zurück. Es sei requiriertes Weiter, der Boden demzufolge schlüpfrig gewesen und sein Wagen ohne sein Verschulden geschlenkert. Den Wagen, der ihm den Weg versperrt, habe er vorher nicht sehen können, da ihm dieser durch einen vorfahrenden großen Lastwagen verdeckt worden sei. Von Fuhrwerkern, die auf der entgegenliegenden Seite des Fahrdammes ihren entgegenkommenden sein sollten, wollten beide nichts wissen. Sie bekundeten übereinstimmend, daß die Bahn vollständig frei gewesen wäre, Martin also offenbar in zu kurzem Wagen seine Fahrtrichtung geändert habe. Demgegenüber bezeugte der Sachverständige Ingenieur Max Bechlin Charlottenburg, daß der Angeklagte nur die bestehende Polizeivorschrift erfüllt habe, wenn er so nahe wie möglich an das zu überholende Fuhrwerk herankomme und dann in kurzem Wagen auszubogen sei. In Berlin sei dies auch nicht anders möglich, solle der Verkehr nicht unnötig erschwert werden. Die Chausseure seien auch so geschult und die Maschine so konstruiert, daß dies sehr wohl bewirkt werden könne. Daß der Angeklagte ohne Grund plötzlich gebremst habe, vermöge er nicht anzunehmen, da er doch den Handwagen habe überholen wollen. Durch das Bremsen könne aber in Verbindung mit der Schlüpfrigkeit des Pflasters ein Schlenkern des Wagens verursacht werden. Das Schlenkern trete im allgemeinen dann ein, wenn die Bremse nicht gleichzeitig auf beide Räder wirke. Die Geschwindigkeit von 17-19 Kilometer sei keine zu schnelle und das Ausbiegen in kurzem Wagen keine Fahrlässigkeit. Um die noch unentschiedene Frage der entgegenkommenden Fuhrwerke zu lösen wurde noch der Schuhmann Langhauer, der zur fraglichen Zeit auf der Charlottenburger Chaussee stationiert war und die Situation beobachtet hat, als Zeuge geladen. Dieser bestätigte durchaus die Angaben des Angeklagten. Wie er bezeugte, seien tatsächlich auf der dem Angeklagten entgegengesetzten Seite des Fahrdammes, etwa 20 Meter von ihm entfernt, zwei Fuhrwerke hintereinander gefahren gekommen. Das erste sei ein Lastwagen gewesen. Welcher Art das zweite Fuhrwerk war, vermochte er nicht mehr zu sagen. In demselben Augenblick, als Martin links abbog, um den Handwagen zu überholen, sei auch das zweite Fuhrwerk in schneller Gangart hinter dem Lastwagen hervorgekommen, um diesen zu überholen. Infolgedessen habe der Chauffeur gebremst und das Auto sei gegen den Handwagen geschlenkert worden. Er habe nicht den Eindruck gehabt, als ob der Chauffeur zu schnell oder unvorschriftsmäßig gefahren sei. Rechtsanwält Jansen resümierte kurz dahin: Zum Überholen des Handwagens sei Martin berechtigt gewesen. Der kurze Wagen sei Polizeivorschrift. Da die Chausseure rechts stünden, habe Martin links abbiegen müssen, um die Fahrtrichtung überblicken zu können. Das zweite Fuhrwerk sei ihm durch den Lastwagen verdeckt gewesen. Als dieses in seine Fahrtrichtung einbog, habe er triftigen Grund zum Bremsen gehabt. Mit dem Schlenkern des Wagens habe er nicht rechnen können. Der ist beklagenswerter Unglücksfall sei lediglich auf ein unglückliches Zusammenreffen von Umständen zurückzuführen, nicht aber auf ein fahrlässiges Verschulden des Angeklagten. Staatsanwalt und Gerichtshof waren derselben Überzeugung. Der Angeklagte wurde freigesprochen, die Kosten des Verfahrens der Staatskasse auferlegt.

**Hamburg. Zwei Automobilunfälle mit schweren Folgen** beschäftigten das Schöffengericht VI. Der Chauffeur Schmidt fuhr vor kurzem mit einer Kraftdrosche, vom Rathausmarkt kommend, in der Richtung nach dem Böringsmarkt über den Altenwall. Das Automobil drehte plötzlich nach rechts ab und fuhr gegen die an der rechten Seite der Fahrstraße stehende Karre des Händlers St., so daß St. zu Boden gestoßen und verletzt wurde. Dann raste der Kraftwagen gegen einen ebenfalls dort haltenden Federwagen des Fuhrers T. aus Holtzdorf und brachte eines der Pferde zu Fall, das dabei eine Wunde an einem Auge erlitt. Auch wurde die Deichsel des Federwagens zerbrochen. Unter der Anklage der fahrlässigen Körperverletzung trägt der Chauffeur Schmidt in durchaus anstehender Weise vor, daß er mit angemessener Sorgfalt gefahren sei, daß die Steuerung seiner Kraftdrosche aber plötzlich versagt habe und daß der Wagen plötzlich nach rechts gelaufen sei, ohne daß er es habe verhindern können. Das Gericht spricht den Angeklagten frei, da hier ein unglücklicher Zufall obgewaltet habe und eine Fahrlässigkeit nicht nachgewiesen worden sei. Ähnliche Entschuldigungsgründe bringt der Chauffeur Schau vor. Nach der Darstellung des Schau-

manns D., der zur fraglichen Zeit dienstfrei war und mit seinem dreijährigen Sohn in der Futterroßstraße ging, fuhr Sch. mit einem Kraft- und Anhängerwagen der Hamburg-Altonaer Hartmannwerke in übermäßig schnellem Tempo die Meißelstraße in der Richtung des Gießbleichwegs entlang und bog, ohne die Fahrt zu mahigen, nicht, wie es vorgeschrieben ist, in kurzem Wagen, sondern in einem weiten Wagen in die Futterroßstraße ein. Infolge der schnellen Fahrt sei der Anhängerwagen nach links ausgereißt, habe zu nächst ein auf dem Fahrdamm dicht am Kantstein stehendes Kind umgestoßen, so daß es mehrere Verletzungen erlitt, und dann einen Baum ungerissen, durch dessen Sturz der Vater selbst am Kopfe verletzt worden sei. Der Chauffeur behauptet dagegen, daß er nicht zu schnell, sondern in einem mäßigen Tempo und ganz nach Vorschrift gefahren sei. Als er in die Futterroßstraße eingebogen sei, sei der Anhängerwagen auf dem Asphaltpflaster, das zur Zeit sehr schlüpfrig gewesen sei, ins Rutschen gekommen und er habe, trotzdem er sofort die Bremsen angezogen habe, den Wagen nicht schnell genug zum Stehen bringen können. Durch die Zeugnisaussage wird noch festgestellt, daß Sch. die Steuerung des Kraftwagens einem Schloßer überlassen hatte, der den Auftrag hatte, diese zu prüfen. Das Gericht bezeichnet diese Handlungsweise zwar für unzulässig, kann aber im Gegentage zu dem Amtsanwalt, der eine Strafe von 25 Mk oder fünf Tagen Gefängnis beantragt, eine Fahrlässigkeit nicht feststellen und erkennt auf Freisprechung.

**Kattowitz. Ein Wubensjud.** In der Nacht vom 15 zum 16. Oktober hielt vor dem Apollotheater in Kattowitz das Auto eines Herrn Henningsen vor. Als das Auto wieder in Gang gebracht werden sollte, sah man zum größten Schrecken, daß alle Pneumatik zerstört waren. Von uns eingezogene genaue Grunduntersuchungen haben ergeben, daß der Täter ein in Kattowitz wohnhafter Chauffeur, eine Groß- und Mitgründer des berühmten Kartells, also ein „erstklassiger“ Autoführer ist. Man sollte es nicht für möglich halten, daß es einen Menschen geben kann, der in solch bösbischer Weise das Eigentum anderer Personen beschädigt. Abgesehen von der strafrechtlichen Seite (Boswillige Sachbeschädigung) und auch davon, welchen Verrug er dem Chauffeur des beschädigten Autos verursacht, wollen wir eine dritte Frage aufwerfen: Hat der Täter nicht bedacht, wie sehr er das Ansehen seiner Berufskollegen schädigt? Die Mehrzahl der ober-schlesischen Chauffeure, die so viel auf „Standesbewußtsein“ halten, und dieses so weit treiben, daß Privatchauffeure die Lastwagenchauffeure über die Achsel ansehen. Diese Leute halten sich für so erklüht, daß ihnen der Deutsche Transportarbeiterverband zu gewöhnlich ist, um dort Mitglied zu werden. Was sagen diese zu dem Schurkenstreich eines der Ihrigen, der ihren „Stand“ in so schmachtvoller Weise verflucht? — Die ober-schlesischen Chauffeure, die in letzter Zeit in Kattowitz Versuche unternommen haben, sich dem gelben Kartell anzuschließen, täten viel besser, diese Eigenbrödeleien einzustellen und sich der Sektion der Chauffeure im Deutschen Transportarbeiter-Verband anzuschließen. Was können denn die Chauffeure dieses kleinen Vereines nützen? Garnichts! Nur ein großer finanziell gut funktionsfähiger Verband, ist heute in der Lage, für seine Mitglieder einzutreten. Das sollten sich auch die ober-schlesischen Chauffeure gefast sein lassen. Eins wagen wir aber bestimmt zu behaupten: Ein Mitglied der Sektion der Chauffeure im Transportarbeiter-Verband würde nie und nimmer ein solches Wubensjud wie oben ausführen.

**Prüfungsvereinfachung.** Der „Magdeburger Zeitung“ entnehmen wir folgenden Bericht: „Eine Vereinfachung der Prüfung der Automobile und ihrer Führer bedeutet eine neue Anordnung der zuständigen Minister über die Erhebung der Gebühren der Sachverständigen. Bisher mußten diese Gebühren bei der Kreisstelle einbezahlt werden. Die Sachverständigen sollen in Zukunft die Gebühren unmittelbar vor der Prüfung erheben. Die Antragsteller haben sowieso die Gutachten der Sachverständigen unmittelbar zu beschaffen. Die Benachrichtigung der Prüflinge soll deshalb mit der Aufforderung verbunden werden, den Betrag der Gebühren vor Beginn der Prüfung zu entrichten. Die Höhe der Gebühren ist dabei anzugeben. Bezahlt der Prüfling nicht, so hat der Sachverständige die Prüfung anzusehen. Wenn einzelne Dampfessel-Überwachungsvereine, die die Prüfung übernommen haben, wünschen, daß die Gebühren vor der Prüfung an den Verein statt an den Sachverständigen entrichtet werden und diesem nur eine Quittung vorgelegt wird, so steht dem nichts im Wege.“

### Fensterputzer.

**Der Kampf im Dresdener Fensterreinigungsgewerbe.** Trotzdem die Dresdener Fensterreiniger alles mögliche versucht haben, um den Frieden im Gewerbe zu erhalten, mußten sie am 9. Oktober die Arbeit einmütig niederlegen, weil es die Unternehmer rümpfend ablehnten, ihnen eine Lohnerhöhung sowie geregelte Arbeitsbedingungen zu gewähren. Das die Unternehmer das Geforderte wohl bezahlen können, geht daraus hervor, daß ein Teil der Unternehmer längst bewilligt haben und zum Teil noch mehr gewähren, als von den 4 noch bestreikten Firmen, Saxonia (grün-weiß), Viktoria (schwarz-weiß), Phönix,

(rot-blau) und Wolf (blau-gelb-blau) überhaupt verlangt wird. Hat doch ein Unternehmer erklärt, daß er lieber kaputt gehen will, ehe er bewilligt. Ein anderer Herr erklärte vor Jahren einmal, daß er sich lieber die Finger abhacken ließe, ehe er unterschreiben würde; er hat es sich anders überlegt. Nach der Arbeitszeitsatzung versuchten nun die Herren durch Inspektion in den neuesten Nachrichten, Arbeitswillige zu erhalten, und als das nicht den gewünschten Erfolg hatte, ließ man durch Agenten Leute von Breslau, Leipzig, Großenhain u. a. Städten, sogar aus Oesterreich kommen, um die Betriebe zu füllen. Auch Unternehmer aus anderen deutschen Städten kamen nach Dresden, um ihren Herren Kollegen hilfsreich zur Seite zu stehen; z. B. Herr Noctäsel aus Eisenach, die Herren Krafft, Sattler, Fieude, Penndorf aus Leipzig, Herr Tappad aus Meissen u. a. m. und trotzdem konnten die Herren ihre Kunden auch nicht einigermaßen zufrieden stellen. Was für Menschenmaterial diese Arbeitswilligen sind, wird jeder beurteilen können, der Gelegenheit hatte, sie zu beobachten. Etliche haben keine reine Wäsche auf dem Leib, zerfetzte Kleider an, die Schuhe oben und unten durchlöchert, so wandern diese Leute in Begleitung der Unternehmer zu jeder Ehre in den Straßen Dresdens einher. Abends werden sie in Begleitung nach dem Massenquartier, Restaurant Zahn, Reihigerstr. 25, gebracht und morgens wieder ebenso abgeholt. Dort müssen sie in dem zu diesen Zwecken hergerichteten Vereinszimmer übernachten. Daß diese Leute zum Teil nicht aus Not arbeiten, geht aus dem Ausdruck eines Arbeitswilligen zu einem anderen hervor: Sommer feste in den Rücken fallen, die Hunde müssen hungern! Na, wir können diesem Manne versichern, daß wir das nicht notwendig haben und daß wir unsere gerechte Sache durchsetzen werden, ganz gleich, wie lange es dauern wird und wie es diesmal ausläuft.

**Hafenarbeiter.**

Hamburg. Branche Kohlenarbeiter. Mitglieder-Versammlung am 15. Oktober. Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Holzlamp den Antrag, die Sache S. Schröder erst vorzunehmen. Heinz sprach dagegen. Der Antrag Holzlamp wurde angenommen. Scheidweiler machte bekannt, daß der Gang Bott von der Firma Witt u. Fink entlassen worden ist. Der Gang Schröder hat die Arbeit angenommen und am andern Tag auch ausgeführt. Durch die Verhandlungen der Ortsverwaltung mit der Firma ist der Gang Bott wieder eingestellt. Hempel erklärte, der Gang Bott ist zur Arbeit bestellt worden und hat die Arbeit auch angefangen, mußte aber ausscheiden, weil das Schiff verholt wurde. Nachdem haben sie weiter gearbeitet und sind abends ausgehien, weil sie von der starken Dünung am Reiberstieg, die besonders Verkehr hervorruft, in der Schute total durchnäßt wurden. Nun sollten sie aber das Schiff des Nachts fertig machen, dieses haben sie verweigert. Die Firma hat versucht, andere Leute für die Arbeit zu gewinnen, aber sämtliche Hilfsräger haben diese Arbeit abgelehnt, nur der Gang Schröder hat am andern Morgen die Arbeit gemacht. Derselbe hat insofern schuld, weil er sich nicht genau erkundigt hat. Es ist ein Antrag gestellt, denselben aus dem Verband auszuschließen. Schröder führte an, daß er sich bei Weber, Bott und drei Kollegen der Firma Witt und Fink erkundigt habe und diese sagten ihm, es läge nichts vor. Außerdem habe er nicht dasselbe Schiff gebunkert, sondern ein anderes, insofern müsse er jeden Vorwurf zurückweisen. Nachdem verschiedene Redner dafür und dagegen gesprochen, wurde ein Schlichtungsantrag angenommen, und dem Vorschlage von Scheidweiler, eine Kommission zu wählen, die diese Sache untersucht und der nächsten Versammlung Bericht erstattet, wurde zugestimmt. Es wurden vom Gang Schröder Heinz, Witt und Koffis, vom Gang Bott: Holzberger, Währmann und Reinhardt, als Unparteiische Scheidweiler, Sowca und Holzlamp gewählt. Da die Zeit zu weit vorgeschritten ist, wird das Referat: „Welche Ziele verfolgen Gewerkschaft und Partei?“ zur nächsten Versammlung vertagt. Den Branchenbericht gab Scheidweiler. Er hob hervor, daß es trotz des abgeschlossenen Tarifes noch Firmen gibt, die ihre Arbeiter unter Tarif bezahlen und ebenso Arbeiter gibt, die die Arbeit hierfür machen. Die Ortsverwaltung hat versucht, Regelung zu schaffen, was bei den Firmen in Rosenburgsort von Erfolg war. In Altona sind es die Firmen Körner, Karitz und Haffe. Diese zahlen ihren Arbeitern 4 Mk. und 4,50 Mk. pro Tag. Ueberstunden und Mittagsgeld werden auch hier nicht bezahlt. Auch der Fuhrmann von Aspern, Altona, welcher an die Kundschaft der Firma Postel Kohlen abliefern, zahlt seinen Kutschern unter Lohnarif. Die Kohlenarbeiter arbeiten bei diesem in Akford, erhalten aber einen so niedrigen Satz, daß sie etwa 3 Mk. bis 6 Mk. verdienen und müssen dabei mitunter bis 10 und 11 Uhr abends arbeiten. Ueberstunden und Mittagsgeld wird auch hier nicht bezahlt. Die Firma Mißch sucht ihre Arbeiter durch den „General-Anzeiger“, um nur keine organisierten Arbeiter zu erhalten. Sch. führt an, daß die Mißcher der Firma Tesch ihr Recht verlangt haben und daraufhin entlassen sind. Peters ist der Meinung, daß es an Betriebsversammlungen fehlt; wenn diese alle Monat abgehalten würden, so würden nicht so viele Mißstände herrschen. Hempel erwidert, daß es Versammlungsbeschlüsse ist, alle Monat Betriebsversammlungen abzuhalten, daß es aber größtenteils an den Kollegen liegt, wenn solche Mißstände einreichen. Um ihre Forderungen durchzusetzen, sind sie zu spät, sie sollten ihren Lohnarif hochhalten, dann verzwängen die Mißstände von selbst. Müller führt an, daß es für Aufträge an den Wilhelmshurger Zimwerken nur 80 Mk. pro Tons gibt und sie hierbei keinen Tagelohn halten können. Die Firma Schmidtmann & Pauli, mache es noch billiger, und

zwar für 67 Pf. Diese Leute wären aber nicht organisierten und man müsse den Versuch machen, diese zu organisieren. Scheidweiler erwidert, daß es hier nicht so leicht wäre, weil dieselben, sobald sie organisiert sind, entlassen werden. Anders sieht es in Winterhude und Hammerbrook, hier sind sie sämtlich organisiert. Wulf beschwert sich, daß es zu lange dauert, bevor die Sammellisten in besonderen Notizen ausgegeben werden, und daß Geld erst nach der Ortsverwaltung muß und dann erst an den Empfänger ausbezahlt wird. Er beantragt, folgenden Antrag der Generalversammlung vorzulegen: „Die Branche Kohlenarbeiter stellt den Antrag, daß die Sammellisten von der Ortsverwaltung ausgegeben werden, das Geld aber von demjenigen, der Sammellisten beantragt, an den Betreffenden, für den gesammelt wird, ausgezahlt wird. Die Sammellisten werden der Ortsverwaltung quittiert zurückgegeben.“ Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Hafenarbeiter Lübecks haben mit ihrer Lohnbewegung einen guten Abschluß erzielt. Die Arbeitszeit ist auf 9 1/2 Stunden festgelegt. Der Tagelohn innerhalb des Hafens ist von 4,70 Mk. auf 5 Mk. erhöht worden, der Dreivierteltag von 3,75 Mk. auf 4 Mk., der halbe Tag von 2,75 auf 2,95 Mk. Die Ueberstunden sind an Wochentagen von 70 Pf. auf 75 Pf., Sonntags ist die Ueberstunde von 85 Pf. auf 95 Pf. erhöht. Der Tagelohn außerhalb des Hafens ist für den ganzen Tag von 6,25 Mk. auf 6,65 Mk., der Dreivierteltag von 5,10 Mk. auf 5,40 Mk., der halbe Tag von 3,85 Mk. auf 4,10 Mk. festgelegt. Die Ueberstunden sind an Wochentagen von 80 Pf. auf 90 Pf., die halbe Stunde von 45 Pf. auf 50 Pf., Sonntags von 1 Mk. auf 1,10 Mk., die halbe Stunde von 50 Pf. auf 55 Pf. erhöht worden. Auch ist der Tarif für Akfordbäse besser geregelt und aufgebessert worden. Dieser neue Tarif tritt mit dem 1. Januar in Kraft und hat Gültigkeit bis 31. Dezember 1914. Wird nicht 6 Monate vor Ablauf der Zeit gekündigt, läuft er immer ein Jahr weiter. Der Tarif ist mit den Reedereien und den Stauern, von der Lohnkommission der Hafenarbeiter unter Mitwirkung der Gauleitung des Deutschen Transportarbeiterverbandes abgeschlossen worden. Ein gutes Teil hat der Vertreter des Zentralvereins deutscher Reeder, Herr Inspektor Mercus, sowie der Gauleiter U. Noßien dazu beigetragen, daß der Tarif in dieser Fassung zustande gekommen ist.

Stettin. Am Sonntag, den 15. 10. 11. hielt die Sektion „Hafenarbeiter“ ihre Monatsversammlung ab, welche sich nochmals mit dem Lohnarif beschäftigte. Kollege Neumann gab nähere Erklärungen über die im Lohnarif enthaltenen Mängel, und da auch derselbe durch gewisse Formfehler anscheinend noch nicht für beide Teile, für Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer, rechtsverbindlich ist. Es haben sich nun Kollegen durch die Lage der Verhältnisse zu ungerechtfertigten Mehrforderungen hinreißen lassen. Wodurch wiederum Kollegen, hauptsächlich bei Tagelohnarbeiten, geschädigt wurden, da vonseiten der Arbeitgeber nun der Tarif auch einseitig ausgelegt wurde. Betreffs der Nummerierung hinter Paragraph „17“ entspann sich eine rege Diskussion. Es wurde aber beschlossen, den Lohnarif anzuerkennen, nachdem der Obmann der Lohnkommission und auch der Vorsitzende erklärten, daß die Arbeitgeber auf einer gemeinsamen Sitzung die Entscheidung der betreffenden Nummerierung (ob Säckgüter in Akford oder Tagelohn geliebt oder geladen werden sollen, ist in die Wahl des Stauers oder der Reederei gestellt) zugestimmt haben. Und nachdem die Reeder folgende Zugeständnisse gemacht, daß alle, nicht unter §§ 1 bis 17 im Lohnarif vermerkten Güter, sobald dieselben 50 Tonnen und darüber betragen, ebenfalls im Akford verladen werden sollen. Im weiteren beschäftigte sich die Versammlung mit dem recht unkollegialen Verhalten des Kollegen Fr. Ehbors. Derselbe hat den verdienten Akfordlohn eines krank gewordenen Kollegen für sich behalten und erst auf Drängen der Sektionsleitung, welche mit der Gelegenheit von der Versammlung betraut worden war, sich genötigt gesehen, das Geld herauszugeben. Die Leitung schlägt nun auch der Versammlung noch vor, den Kollegen G. wegen seiner hierbei an den Tag gelegten Unverschämtheit mit 10 Mk. Strafe zu belegen. Dieser Vorschlag wurde mit Majorität angenommen. Ein Vorschlag bei der „D. D. C.“ gab Anlaß zu einer äußerst erregten Diskussion. Dort hat es ein gewisser W. Haffe verstanden, vier Jahre hindurch vorzutäuschen, auch bei uns organisiert zu sein und haben Kollegen während der ganzen Zeit mit demselben zusammen gearbeitet, ohne nach dessen Kontrollkarte zu fragen, trotzdem dieselben das Recht und auch die Pflicht dazu hatten. Der Vorsitzende übte treffende Kritik an diesem unehelichen Vorkommnis und betonte, daß nur die Bankheit der hierbei in Betracht kommenden Kollegen die Schuld daran trage. Redner kritisierte hieran die Hoffnung, daß die hierüber gepflogene Aussprache bessere Zustände zeitigen werde. Dies kann geschehen, wenn sich die Kollegen mehr wie bisher untereinander selbst kontrollieren. Dann kann Derartiges überhaupt nicht vorkommen. Dann wurde die Versammlung geschlossen.

**Handelsarbeiter.**

Berlin. Die bei der Weingroßhandlung Louis Metz beschäftigten Kollegen waren bei der Geschäftsleitung wegen Lohnhöhung vorstellig geworden, um so einen Ausgleich für die bei der gegenwärtigen Erneuerung ständig steigenden Lebensmittelpreise zu schaffen. Die Firma hat sich auch diesen Gründen nicht verschlossen und Zulagen in Höhe von 1 Mk. bis 2,50 Mk. gewährt. Dem einigen Zusammenhalt aller organisierten Kollegen im Verein mit der thätigen Tätigkeit des Vertrauensmannes ist es in erster Linie zu danken, daß dieser Erfolg auf friedlichem Wege erzielt wurde, wie auch bereits vor längerer Zeit auf

demselben Wege eine Verkürzung der Arbeitszeit bei der Firma Louis Metz geschafft werden konnte. Die Selterabzieher und Kutscher der Firma Richard Neese hatten durch die Verbandsleitung Lohnforderungen eingereicht, welche, wenn auch nicht im besten Umfange, so doch zu einem guten Teil von der Firma anerkannt wurden, sobald eine durchschnittliche Lohnhöhung von 3 Mk. pro Woche und eine Verkürzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 Stunden zu verzeichnen ist. Von besonderem Wert ist es, daß die Neuregelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen durch Tarifvertrag festgelegt wurde.

Wägen diese Erfolge den Kollegen unseres Berufes ein Aushorn sein, durch eifrige Organisationsarbeit auch in anderen Betrieben auf Verbesserung der überaus traurigen Lohnverhältnisse hinzuwirken. Ganz besonders ist dies in den Weingroßhandlungen, Großdestillationen, Bierverlagsgeschäften und Eisfabriken ein dringendes Bedürfnis.

Berlin. Die Ältesten der Kaufmannschaft beschäftigten sich in ihrer letzten Sitzung mit der Verschiedenheit der Gottesdienststunden in den Großberliner Gemeinden. Durch die Zeit des Gottesdienstes wird auch die Zeit des Sonntagsabendessens bestimmt. Bestehen nun in benachbarten Gemeinden verschiedene Bestimmungen für den Sonntagsabendessen, so führt das entweder zu Uebereinigungen der Polizeivorschriften durch längeres Offenhalten der Täden oder zu einer unerwünschten Konkurrenz. Die Ältesten der Kaufmannschaft von Berlin werden daher das Konfitorium bitten, auf eine Vereinheitlichung der Hauptgottesdienstzeiten hinzuwirken. Sie wollen dabei gleichzeitig den neuen die Bitte äußern, der Beginn des Gottesdienstes möge auf 11 Uhr (statt 10 Uhr, wie jetzt meist üblich) festgesetzt werden. Dadurch würde die Möglichkeit geschaffen werden, den Wünschen der Angeestellten auf Verkürzung der Arbeitszeit an Sonntagen entgegenzukommen, ohne die Geschäftsinhaber allzuschwer zu schädigen. Die Arbeitszeit könnte dann unter Wegfall der Stunden von 12—2 Uhr auf 8—11 Uhr verlegt werden. Da werden die Ältesten bei der Muderer schon ankommen.

Die Wiener Handelsarbeiter feierten im Monat September d. J. das 20jährige Bestehen ihrer Organisation. Das heißt so weit es sich um die moderne Kampfsorganisation handelt. Das Bestreben nach Organisation überhaupt reicht unter den Wiener Geschäftsdienern an die 40 Jahre zurück. Im Jahre 1871 wurde von den Kollegen Sandner und Grünbeck der Fachverein für die Geschäftsdienere Wiens gegründet. 1873 wurde dann unter Sandner's Führung der Krankenverein der Geschäftsdienere und Fabrikdienere Wiens gegründet; die Leitung dieses Vereins bekleidete Sandner bis zu seinem Tode, der im Juni d. J. erfolgte. Der Fachverein wurde dann 1876 durch Kollegen Grünbeck in den „Allgemeinen Fortbildungs-, Kranken- und Unerfähigkeitsverein der Geschäftsdienere Wiens und Umgebung“ umgewandelt. Für den modernen Klassenkampf hatte aber keiner dieser Vereine etwas übrig. Die ledige Sonntagsarbeit, die 52 mal im Jahre bis in die späte Nacht dauerte, war es, die im Jahre 1886 die Wiener Geschäftsdienere veranlaßte, eine öffentliche Versammlung einzuberufen, in der einhellig die Forderung auf Sonntagsruhe erhoben wurde. Eine in dieser Versammlung gewählte dreiköpfige Kommission wurde im Auftrage der Versammlung beim Handelsminister vorstellig. Das hatte zur Folge, daß dem Reichsrat ein Gesetz über die Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe vorgelegt wurde.

Im Parlament allerdings zeigten sich bei der Beratung über eine „Sonntagsruhe im Handelsgewerbe“ ihre Gegner. Allen voran waren es aber die damaligen Wortführer der Handlungsgestellten, die Christlich-sozialen Armann und Wieselblawel, die in jeder Versammlung die Geschäftsdienere verspotteten und sie rundweg „Hausknechte“ nannten. Im Parlament selbst aber setzten sich die beiden Demokraten, Abgeordneter Pernerstorfer und Kronenwetter mit aller Energie für die Einführung der Sonntagsruhe ein, und es gelang ihrer vereinten Kraft, ein Gesetz mit der Sperrstunde um 12 Uhr mittags durchzusetzen.

Die Wiener Handelsarbeiter hatten also schon damals einen Erfolg errungen, auf den wir in Deutschland heute noch warten. Dieser Erfolg belebte auch die Handelskassensarbeiterbewegung aufs neue und eine Versammlung wählte zur Vertretung der Berufsinteressen das nachher berühmte geordnete 18er Komitee. Dieses setzte sich, um seine Stohkraft zu stärken, mit den Fachvereinen in Brunn und Graz — unser Redaktor war damals in letzterem Orte Schriftführer und besorgte als solcher die Korrespondenz — in Verbindung. Diese Verbindung brachte die Behörden in Aufzucht. Schilane folgte auf Schilane und nach vierjähriger Tätigkeit wurde das Komitee behördlich aufgelöst. Daraufhin wurde als Antwort von den Kollegen Mornia, Hofer und anderen der Fachverein gegründet. Die Staatskasserei fand es für gut, auch dieser Gründung die besten Schutzzwecke zu machen und wies die Statuten zweimal zurück. Dem Grazer Kollegen war es mit ihrem Verein nicht besser ergangen; auch sie wurden zwei Jahre lang von der Regierung gesöpft, bis der Reichsratsabgeordnete Derjatta, späterer österreichischer Eisenbahndirektor und jetziger Direktor des Triester Lloyd, die Sache in die Hand nahm und die Genehmigung der Statuten durchsetzte. Der Wiener Fachverein erkämpfte dann im Laufe der Zeit die Aufnahme der Geschäftsdienere ins Gremium der Kaufleute und noch vieles andere, auch die Krankenversicherung, erreichte aber selbst in seiner Blütezeit nicht viel über 800 Mitglieder. Interessant ist auch für uns, die einst unter den gleichen Verhältnissen den heutigen Transportarbeiterverband aufbauten, die Schilderung eines alten Kollegen, im „Zeitrad“, wie der Fachverein sich zum österreichischen Bruderverband wandelte.



Die Funktionäre des Fachvereins wechselten häufig und mit ihnen die Opposition. Die Gründung des Verbandes der Handels- und Transportarbeiter geriet uns in zwei Teile. Uns, dem größeren Teil, waren die Statuten nicht geheimer. Wüßten wir doch, wie schwer die Handels- und Transportarbeiter für die Organisation zu gewinnen waren bei unseren niedrigen Beiträgen, wie dann erst bei den hohen des Verbandes. Uns schien es eine totale Zerstörung der Organisation. Später wurden wir eines Besseren belehrt. Die Spaltung war nun aber schon vorhanden; viele Mitglieder die zum Verband übergetreten sind, zahlten auch bei uns ihre Beiträge weiter, um im Genuß zu bleiben. Von den Otmännern trachtete jeder, sich den Nutzen zu holen, der Zuführer des Fachvereins zum Verband gewesen zu sein, und so gab es stets Nebenvereine. Wir wollten den Fachverein modernisieren und befestigen uns mit der Erhöhung der Beiträge und Unterstützung mit der Schaffung eines Fachorgans. Mitten in diese Arbeit platzte eine Bombe hinein. Ein selbst in unserem Fachverein noch nicht dagewesener Vorfall zwischen zwei Kollegen gab uns den Rest. An ein ruhiges Arbeiten war nicht mehr zu denken, bis die dritte Generalversammlung auch uns paar Starkköpfe das Genick brach. Zum Schluß waren wir selbst froh, die Zeit der Aufregungen, des Bruderkrieges, der sich ja doch nur um die Form der Organisation gedreht hat, vorüber zu haben.

Wald hatten wir vier reine Handelsarbeitergruppen. Jede Ortsgruppe hatte das übliche Bestreben, die stärkste zu werden. Es wurden zahlreiche Versammlungen abgehalten und eifrig agitiert. Wald zeigte sich die Unhaltbarkeit dieses Systems. Jede Versammlung hatte eine andere Tagesordnung und keine den gewünschten Besuch und Erfolg, und die Kosten leerten unsere Kassen. Es fehlte die einheitliche Leitung. In der Ortsgruppe VI machte ich den Versuch, die Verschmelzung der Gruppen in eine und Errichtung von Zahlstellen vorzuschlagen, und fand Zustimmung. In einer Konferenz sämtlicher Gruppenfunktionäre wurde fast einstimmig der bezügliche Beschluß gefaßt. Auch der Verbandsvorstand gab seine Zustimmung und so konnte die Zentralfaktion trotz der Warnungen im „Zeitraub“ ruhig durchgeführt werden. Heute gibt es in unserer Organisation keinen Mann mehr, der den Wert der Zentralfaktion nicht anerkennt; man hat es uns bei anderen Branchen auch nachgemacht und damit einen großartigen Aufschwung herbeigeführt.

Bezüglich der Forderungen einigten wir uns im folgenden: Unfallversicherung und Siebenjahr-Ladenschluß; als neue Forderungen kamen dazu: der fünf- und sechsmonatliche, gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und Schaffung einer Gremlialstellenvermittlung. In den Sitzungen und Diskussionsabenden wurden alle diese Forderungen beraten und Argumente herbeigeschafft, die jedes Mitglied zur Agitation benötigte. Zur Erleichterung der Sitzungen und der Agitation wurden Zahlstellen errichtet, in denen ein Ausschuß fungiert, der alle vom Zentralfaktion zugewiesenen Arbeiten für seinen Bezirk erledigt. Die Zahlstelle schlägt zur Generalversammlung einen Vertreter für den Ortsgruppenauschluß vor. Vierteljährlich finden Vertrauensmännerversammlungen zur Berichterstattung und Instruierung der Funktionäre statt, während die Generalversammlung das demokratische Prinzip des gleichen Rechtes zum Ausdruck bringt und den Mitgliedern die Wahl der Leitung anheimstellt. Das gewünschte harmonische Zusammenarbeiten wollte sich längere Zeit nicht recht finden, ist aber heute ein tabellarisches. Der Ausschuß besteht aus sechzehn Mann, und zwar: fünfzehn Vertretern von ebenfalls fünfzehn Stellen mit zwei Subzahlstellen und dem Hauptassistenten. Obwohl eine große Körperschaft mit riesigem Geschäftsumsatz, wickelt sich die ganze Tätigkeit doch klug ab. Während des Bestandes dieser Zentralfaktion sind an Erfolgen noch zu verzeichnen: die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit und die Schaffung der Gremlialstellenvermittlung.

Und was lange als unmöglich gehalten und ein Hauptargument der Indifferenten gegen die Organisation war, ist zur Wirklichkeit geworden: Wir führen regelrechte Lohnbewegungen in Handelsbetrieben durch, genau so wie andere Organisationen. Damit ist der Beweis erbracht, daß unsere Organisation eine Kampfesorganisation, im vollen Sinne des Wortes eine Organisation zur Erringung besserer Existenzbedingungen für die Mitglieder geworden ist.

So waren in Oesterreich wie in Deutschland die Handels- und Transportarbeiter die Sturmgewalten unserer Organisation, sie haben oft daneben gehandelt, manchmal sich auch nicht ganz auf der Höhe gezeigt, waren aber immer mit dem ganzen Herzen und dem besten Willen bei der Sache. Da gibt es im Guten und Bösen wirklich keinen Unterschied zwischen den deutschen und den österreichischen Handels- und Transportarbeitern. Aber beide dürfen mit Stolz auf ihre Organisationsarbeit zurückblicken, dürfen sich freuen, stets ihren Mann im Kampfe um Kulturwerte gefunden zu haben. Und so gratuliert auch die deutsche Kollegenchaft den Wiener Freunden zu der wegen seiner feierlicheren modernen Organisation.

**Handelsangestellte und Sonntagsruhe.** Warum haben wir in Hannover noch nicht die völlige Sonntagsruhe? So lautete die Tagesordnung in einer am 13. Oktober abgehaltenen öffentlichen Versammlung, die gemeinschaftlich vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und unserer Organisation einberufen war. Das Referat hatte Reichstagsabgeordneter Genosse August Brey übernommen, der zunächst auf die schweren Kämpfe hinwies, die gegen die mit Hartnäckigkeit verfolgten alten Vorurteile in den letzten Jahrzehnten geführt

worden mußten. Die Bestrebungen um Schaffung eines gesetzlichen, völlig von Arbeit freien Ruhetages waren lange ohne jeden Erfolg. Indessen wurden die Klufe nach Regelung der Frage immer lauter, so daß schließlich die Regierungen und die gesetzgebenden Körperschaften gezwungen waren, diesen Klufen wenigstens Gehör zu schenken. Trotz der Verechtigung der Forderung nach einem strikten Verbot jeder Sonntagsarbeit meinten sich die gegnerischen Stimmen, und der Bundesrat lehnte 1879 jede Einmischung, jedes Einschreiten ab. 1885 erfuhr die Forderung eine ungünstige Beurteilung und glatte Ablehnung im Reichstage. Von verschiedenen Seiten wurden dann Erhebungen über den Umfang der Sonntagsarbeit angestellt. Nach einer solchen Erhebung mußten in Preußen in mehr als 500 000 Betrieben über 1 582 000 Personen Sonntagsarbeit verrichten, davon kamen 19 pCt. auf die Industrie, 47 pCt. auf das Handwerk und 33 pCt. (mit 770 000 beschäftigten Personen) auf Handel und Verkehr. Nachdem 1888 der Bundesrat die Forderung noch einmal rundweg abgeschlagen hatte, trat 1891 ein Wechsel in der Anschauung ein. Der Abgang Bismarcks hatte alsbald Änderungen auch in dieser Beziehung zur Folge, und die Arbeiten gingen nunmehr rüstig voran. Hierbei erwiesen sich die Arbeiter, vor allem die freigezwecklichen Organisationen, als die Moniere, und es konnte nur empfohlen werden, sich deren opferwillige Tätigkeit bei den künftigen Kämpfen als Vorbild dienen zu lassen. Interessant sei es, den Gründen für den Widerstand gegen ein völliges Verbot der Sonntagsarbeit näherzutreten. Zunächst würde von den Arbeitgebern eine sichere Einschränkung ihres Gewinnes behauptet, ein alter Vorwand, den sie zur Verteidigung ihrer Position gegen die Arbeiter immer ins Gefecht führen nach dem alten Rezept, daß ihr Gewinn jeder noch so berechtigten Forderung der Angestellten voran zu gehen habe. Dann wurde der Schlenkrian der Rumpfschaft, endlich die Rücksicht auf die gegenseitige Konkurrenz betont, alles Gründe, die heute der Kritik nicht mehr standhalten und nicht mehr zehren. Besonders bezüglich der Rumpfschaft sei zu sagen, daß diese gelernt habe, sozial zu denken und zu handeln, bei weiterer Erziehung des Publikums zu sozialer Auffassung und Verletzung sozialer Fortschritte werde es auf diesem Gebiete immer besser werden. Ferner würde vielfach von den Gegnern behauptet, das Personal nehme sich nach Sonntagsarbeit (Große Heiterkeit) und wolle von einer völligen Sonntagsruhe nichts wissen, weil die damit verknüpfte Verkürzung der Arbeitszeit eine Einschränkung des Lohnes zur Folge haben würde. Dabei sei aber bekanntlich die Regel, daß für Sonntagsarbeit keine besondere Vergütung gezahlt werde, und wenn es doch geschehe, dann in so minimalem Maße, daß es gar nicht in die Waagschale fallen könne. Der Einwand einer Schädigung der Angestellten sei also auch hinfällig. Im übrigen werde die Wochenleistung durch die völlige Sonntagsruhe nicht etwa eingeschränkt, in England und in Australien, wo auch der Sonnabend-Nachmittag außerdem freigegeben sei, habe man gerade die gegenteiligen Erfolge erzielt. Eine völlige Sonntagsruhe schaffe vergrößerte Arbeitskraft und Arbeitsfrische, Vorteile, die ein angebrachter Sonntag aber illusorisch mache. Zur Beurteilung des Einwandes mit dem Schlenkrian der Rumpfschaft sei eine Umschau des den Angestellten ganz gewiß nicht freundlich gestimmten „Konfessionärs“ interessant, der schon 1908 konstatierte, daß die Sonntagsruhe erheblich abgenommen hätten und das Publikum sich an eine völlige Sonntagsruhe bald gewöhnen werde. Die frühere Aufregung gegen den gesetzlichen 9 Uhr-Ladenschluß, gegen den feinerzeit die Konservativen, die Nationalliberalen und auch der Freisinn stimmten, sei gewiß noch in aller Erinnerung, und inzwischen sei man sogar zur Einführung des 8 Uhr-Ladenschlusses, wenigstens durch Orléans, gekommen. Gleichzeitig mehrte sich die Erkenntnis, daß die reichsgesetzliche völlige Sonntagsruhe eine weitere wichtige Etappe sei auf dem Wege der Bestrebungen für Arbeiterschutz, unentbehrlich für die Förderung der Volksgesundheit und Hygiene. Die mit der Einführung einer völligen Sonntagsruhe verbundene Verkürzung der Arbeitszeit würde den Wert der Arbeit steigern und die bislang ständig sinkende Nachfrage wieder heben. Zurzeit sehe es da im Handelsgewerbe recht traurig aus. Nach einer anscheinend so rosig und schönfärbend gestimmten Erhebung wurden 20 pCt. Handelsangestellte ermittelt mit Jahresgehältern unter 1250 Mk., 34 pCt. unter 1500 Mk., 50 pCt. unter 1800 Mk., und 65 pCt. unter 2100 Mk. Viel günstiger lauten die Ergebnisse einer Statistik des „Deutschen nationalen“ Handlungsgehilfenverbandes aus dem Jahre 1908. Danach waren unter 42 700 Handlungsgehilfen 27,65 pCt. mit einem Jahreseinkommen von 1250 Mark und weniger, 34,85 pCt. mit 1320 Mk. und weniger, 48,13 pCt. mit 1500 Mk. und weniger, 67,04 pCt. mit 1800 Mk. und weniger, 79,41 pCt. mit 2100 Mk. und weniger. Der letztere Verband hat in einer Eingabe (Leipzig) die klägliche und herabwürdigende Bezahlung der Handlungsgehilfen betont, besonders drückend sei aber die Verleumdung der Tarifforderungen des Deutschen Transportarbeiterverbandes empfohlen als ein den Handlungsgehilfen nicht bewiesenes Entgegenkommen. Dieses unterschiedliche Entgegenkommen müsse natürlich auf die größere Einheitlichkeit und stärkere Organisation der Transportarbeiter zurückgeführt werden, die sich mehr auf ihre eigene Kraft verlassen als auf das Entgegenkommen der Arbeitgeber. Die derzeitigen Bestimmungen für die Sonntagsruhe, deren völlige Durchführung von den lokalen Bedürfnissen und der Stellungnahme der Ortsbehörden abhängt, basierten leider nicht auf einheitlichen gesetzlichen Beschlüssen und würden von Lokalinteressen und lokalen Ausführungsbestimmungen geregelt. Aus letzteren heraus würden auch die vielen in der Regel nur zum Schaden der Angestellten existierenden Ausnahmegestimmungen. Mit den soge-

nannten Ausnahmetagen müsse entschieden aufgeräumt werden, desgleichen mit dem Zerbröckel der zersplitterten Sonntagsruhe.

Bedauerlich sei die ablehnende Haltung der Reichstagsmajorität zu dem Abhilfsantrage Wetels. Der Redner zeichnete dann noch kurz die weiteren Forderungen der Handelsangestellten, besonders die Verfestigung der Konkurrenzlaufs, den Schutz des Einzel- und des Koalitionrechts, den Kampf gegen die Verschlechterung des § 63 des H.-G.-B. u. Mit der Bekämpfung der billigen Verprechungen müsse endlich gebrochen werden. Alle Forderungen würden aber energisch vertreten von den beiden Verbänden, welche die Versammlung gemeinsam einberiefen, und die Mitgliedschaft dieser Organisationen, denen man recht zahlreich beitreten wollte, sei für die Sicherung des Erfolges nicht zu umgelen. (Lebhafte Beifall.)

Zu einer Diskussion erfolgten keine Wortmeldungen. Genosse Lohberg verlas hierauf eine Resolution, die von der Versammlung in nachstehendem Wortlaut einstimmig angenommen wurde:

„Die am heutigen Abend versammelten kaufmännischen Angestellten und Hilfspersonal erklären sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie ersuchen die Verwaltungen der Städte Hannover und Linden, für die Einführung der vollständigen Sonntagsruhe für alle im Handelsgewerbe Angestellten wirken zu wollen. Sie erklaren in der fortgesetzten Sonntagsarbeit eine erhebliche Benachteiligung gegenüber der Mehrzahl anderer Berufe. Sie weisen auf eine große Zahl von Städten hin, in denen die Sonntagsruhe ganz oder doch mindestens zum großen Teile eingeführt ist, zum Segen für Angestellte und Prinzipale und ohne Schädigung des Geschäftverkehres. Sie sehen in der Einführung der völligen Sonntagsruhe den ersten Schritt zur reichsgesetzlichen Regelung dieser Frage. Das Bureau der heutigen Versammlung wird beauftragt, die vorstehende Resolution den Stadtverwaltungen von Hannover und Linden mit einer eingehenden Begründung zugehen zu lassen.“

Bedauerlicherweise muß gesagt werden, daß gerade unsere Kollegen sehr schlecht in der Versammlung vertreten waren. Kollegen: Wohin soll derartige Intereffektivität führen? Habt Ihr vielleicht nicht ebenso oder nicht noch mehr darunter zu leiden, daß der völlige Sonntagsruhe noch nicht eingeführt ist, wie die Handlungsgehilfen? Wollt Ihr auch fernerhin noch Sonntag für Sonntag und auch noch nach Geschäftsverlauf tätig sein? Sicherlich nicht. Man selbst wird Euch aber auch der Sonntagsruhe nicht werden. Darum: Streift die Gleichgültigkeit ab. Erscheint alle, wenn der Ruf des Verbandes an Euch ergeht. Helft mit agitieren und organisieren soviel in Euren Kräften steht. Vor allen Dingen fehle niemand in den großen Veranstaltungen. Wenn jeder so mitarbeitet, dann wird nicht lange währen und wir haben auch in Hannover bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen wie bisher und auch die völlige Sonntagsruhe mit dann kommen. Also: **Frisch auf, ans Werk!**

**Transportarbeiter.**

**Celle.** Am Sonntag, den 22. Oktober sollte hier eine Transportarbeiterversammlung stattfinden. Aber wie es hier immer geht, so auch diesmal. Ganze sechs Kollegen hatten es der Mühe wert gehalten, dem Ruf der Verwaltung zu folgen; gewiß eine beschämend kleine Zahl bei einem Mitgliederbestand von 93 Mann. Die Verwaltung sieht sich jetzt veranlaßt, die Frage an die Kollegen zu richten: Wollen wir in dieser Artbarde weiter machen? Wenn wir uns einmal die Verhältnisse ansehen ist das wohl nicht gut möglich. Denn schlechte Bezahlung, lange Arbeitszeit und miserable Bezahlung sind die Merkmale unserer Berufsarbeit. Eine Arbeitszeit von 14 bis 16 Stunden ist hier nichts seltenes. Wir geben zu, daß sich unsere Kollegen freuen, wenn sie nach einer derartig langen Arbeitszeit am Sonntag bei den übrigen verweilen können. Aber Kollegen, alle vier Wochen solltet Ihr doch einmal Zeit finden, Euch gegenseitig auszusprechen auszusprechen und über Maßnahmen zu beraten, wie die oben angeführten Mängel abgestellt werden können. Die Verwaltung richtet die Frage an Euch, wollen wir ewig auf dem alten Standpunkt stehen bleiben, oder wollen wir den Fortschritten der anderen Gewerkschaften folgen?

Kollegen, wir empfehlen Euch dringend, laßt Euch nicht durch Egoisten verheizen, denen es darum zu tun ist, Unenigkeit in unsere Reihen zu säen, um dann ihre egoistischen Interessen besser wahr zu können. Folgt dem Ruf der Verwaltung, die bis jetzt bemüht war, die Interessen der Kollegen in selbstloser Weise zu vertreten. Durch ein Verhalten, wie es die Kollegen jetzt zeigen, wird aber der Verwaltung die Freude an der Arbeit vergällt. Der Termin unserer Versammlungen ist doch jedem Kollegen bekannt — Außerdem erscheint stets ein Hinweis im „Volkswillen“ und die Kollegen Bezirksassistenten machen die Versammlungen an den betreffenden Tagen noch durch Anzeigen bekannt. Wir weisen nur an dieser Stelle nochmals ausdrücklich darauf hin, daß die Versammlungen am Sonntag nach dem 15. jeden Monats, nachmittags 4 Uhr, bei Franz, Finkenwiese, stattfinden und erwarten in der Zukunft vollzähligen Besuch der Versammlungen.

**Frankfurt a. M.** Tarifabschluß bei der Frankfurter Dampfmoellerei der vereinigten Landwirte G. m. b. H. Im vergangenen Jahre wurde für die bis bei obengenannter Firma beschäftigten Kollegen — 56 Mann — zum ersten Male ein Tarif vereinbart, der denselben ganz wesentliche Vorteile brachte. Nach einjährigem Bestehen wurde derselbe rechtlich gelindert, um das, was beim ersten Anlauf nicht erzielt werden konnte, nachzuholen. Vorausschiden wollen wir, daß das Organisationsverhältnis ein musterhaftes ist. Bis auf einen Mann gehören die Kollegen

er Organisation an. Trotzdem schien die Sache selbst nicht gerade besonders günstig, weil schon seit Monaten wie überall auch in Frankfurt ein kolossaler Milchmangel besteht, unter dem auch die Firma zu leiden hat. Hinzu kam, daß infolge der Preiserhöhung um 2 Pf. pro Liter der Konsum ganz beträchtlich zurückgegangen ist. Nun tauchte auch in jüngster Zeit das neue Projekt des hiesigen Konsumvereins, das die Milchlieferung an seine Mitglieder auf breiter Basis zum erwiderten Preis von 22 Pf. — also 2 Pf. billiger wie die Konkurrenz — im Auge hat. Nichtsdestoweniger gelang es in der Verhandlung mit der Geschäftsleitung, die — man kann das ganz ruhig aussprechen — als anständige bezeichnet werden muß, ein alle Kollegen befriedigendes Resultat zu erzielen. Durch die Bewegung erhielten 35 Kollegen eine wöchentliche Zulage von 80 Pf., für die Meier, Selzer, Kontrollreue etc. wurde pro Woche 1 Mt. Mehrlohn, für einen Kollegen, der als Hilfsarbeiter im Sterilisterraum tätig ist, 1,50 Mt., einer, der beim Konsumschwanden beschäftigt ist, ebenfalls 1. Mt. erzielt. Außerdem wurde die Bezahlung der Dujour an Wochentagen um 25 Pf., an Sonntagen um 75 Pf. erhöht. Ebenso die Ueberstundenbezahlung von 45 auf 60 Pf. Ferner wurde ein Arbeiterausschuß — in einem so großen Betriebe eine unentbehrliche Einrichtung — errichtet in denen Vertreter der beteiligten Gruppen die Wünsche und Beschwerden entgegennehmen und diese mit der Geschäftsleitung erledigen. Der neue Tarif ist auf 1½ Jahr abgeschlossen. Der Ablauf ist vom 30. September auf den 30. April verlegt, die günstigste Zeit für die Beschäftigten.

Nicht man das Fazit aus der Bewegung, dann ist besonders hervorzuheben, daß die Kollegen nach etwas mehr wie einjähriger Mitgliedschaft Vorteile erzielt haben, die geradezu hervorragende genannt werden können. Hier zeigt sich so recht wieder, daß der Verband die beste Sparkasse ist, indem die hier eingezahlten Gelder Ueberzinsen abwerfen! Vergleichen man die Löhne der übrigen Frankfurter Molkereien, mit den hier festgelegten, dann fällt schon der kolossale Kontrast auf. Trotz Beschäftigung zum Teil weiblichen Personals in manchen Geschäften, das bekanntlich noch billiger entlohnt wird, trotz Milhypanischerien und Unternehmungen, wobei das konsumierende Publikum der leidende Teil ist, können sich Geschäfte wie Richter und Barthmann nur mühsam auf den Beinen halten. Noch so ein Fall und auch der letzte Rest der Kunden wird sich von solchen Geschäften abwenden, die unserer Ansicht nach schon längst keine Existenzberechtigung mehr haben. Mögen es die bei diesen Firmen beschäftigten Kollegen ihren organisierten Kollegen nachhaken, vielleicht steigt dadurch das Renommee der Firma, ganz sicher aber das Einkommen der Arbeiter.

**Münchener-Führer.** Die Ueberstunden im Möbeltransportgewerbe. Widrige Zustände herrschen im Möbeltransportgewerbe, und es bunte nichts Schaden, wenn auf diesem Gebiete endlich einmal durch einen Tarifvertrag Ordnung gemacht würde. Wenn streikende Parteien, was häufig der Fall ist, vor das Gewerbegericht kommen, weiß kein Mensch, was in diesem Beruf Regel ist. Den Schaden von diesem unhaltbaren Zustand haben immer die Arbeiter, insbesondere deswegen, weil über die Bezahlung der Ueberstunden keinerlei feste Normen bestehen. Man weiß nicht einmal, von welcher Zeit ab Ueberstunden zu rechnen sind. Der Möbeltransportarbeiter W. forderte von der Firma Hub u. Weber 12,80 Mt., weil er an verschiedenen Tagen Ueberstunden machen mußte und weil er einmal mitten unterm Tag, am Mittwoch, wegen Arbeitsmangels entlassen und ihm nur einen Vormittag, nicht auch der Nachmittag, bezahlt wurde. Stunmal habe er an einem Samstag von früh 6 Uhr bis Sonntag früh 1/2 Uhr arbeiten müssen und dafür von der Firma nur 7 Mt. erhalten. Dies sei für die überaus anstrengende Arbeit zu wenig. Der Vertreter der beklagten Firma lehnte jede Entschädigung ab mit der Motivierung, daß es im Möbeltransportgewerbe üblich sei, daß Arbeiter, ohne Rücksicht auf die Tageszeit, entlassen werden. Die Entlassung erfolge einfach, wenn der betreffende Umzug, zu dem der Arbeiter engagiert war, erledigt ist. So wird dies bei dem „nichtgeschulten“ Personal gemacht. Anders sei es nur bei den sogenannten „alten Leuten“. Diese Definition der Verhältnisse im Möbeltransportgewerbe war aber nichts weniger als klar. Kläger hatte für jede Ueberstunde, und zwar von 7 Uhr ab gerechnet, an jenem Samstag 70 Pf. verlangt. Der Vertreter der beklagten Firma erklärte, der normale Tagelohn sei 5 Mt. Kläger habe aber 7 Mt. für jenen Tag erhalten und sei somit bezahlt. Es habe sich damals um einen Umzug nach der Gartenstadt gehandelt; von der Firma sei mit den Umziehenden ausgemacht gewesen, daß die Arbeiter Trinkgeld bekommen, dies war auch der Fall. „Das ist doch schön von mir,“ so fügte der Vertreter der beklagten Firma hinzu, „wenn ich gewissermaßen für meine Leute sorge“. Dies hörte sich felsam an; als ob es ein Verdienst der Firma wäre, wenn die umziehenden Mieter den Arbeitern Trinkgeld zahlen! Die Firma wälzt da ihre Verpflichtungen eigentlich nur auf die Umziehenden ab. Der Vorarbeiter der Firma, den der Beklagte als Zeugen mitbrachte, erklärte, daß für Ueberstunden nichts bezahlt werde; er sei 12 Jahre im Geschäft, da sei es immer so gehalten worden. Der Kläger wurde mit seiner Klage abgewiesen. Wenn 5 Mt. der normale Tagelohn sei, dann war Kläger, nachdem er für jenen Sonntag 7 Mt. bekam, schon entschädigt. Die Entlassung am Mittag sei, nach dem Brauch, der im Beruf herrsche, gerechtfertigt gewesen, da andere Arbeit nicht vorhanden war.

**Erfolgreiche Lohnbewegung in den Nixdorfer Müllabfuhrbetrieben.** Die Kutscher und Mitfahrer in den Nixdorfer Müllabfuhrbetrieben haben eine in

aller Stille vorbereitete Lohnbewegung mit vollem Erfolg durchgeführt. Am Drie befinden sich ungefähr 25 Fuhrunternehmer, die teilweise neben ihrem Bau- und Arbeitsfuhrwerk auch die Abfuhr des Hausmülls in Nixdorf, Brix und verschiedentlich auch noch in Berlin besorgen. Die Löhne betragen 25 Mt. bis 30 Mt., im Durchschnitt 28 Mt., während in Berlin der durchschnittliche Lohn für Kutscher seit Jahren 39 Mt. und für Mitfahrer 36 Mt. beträgt. Die Arbeitsverrichtung in den Nixdorfer Müllabfuhrbetrieben ist im Gegensatz zu den Berliner und Charlottenburger Betrieben für die Arbeiter bedeutend unsauberer und auch schwerer. Während bei den letztgenannten Betrieben das Verladen des Mülls in den Wagnons durch maschinelle Einrichtung bewerkstelligt wird, müssen die Kutscher und Mitfahrer in Nixdorf jeden einzelnen Kasten vom Wagen hochheben, um sie in den Wagnons ausschütten zu können. Hierbei wirbelt das Müll resp. die Asche derart auf, daß die Arbeiter vollständig in Staub und Schmutz eingehüllt sind. Die bisherige Entlohnung stand daher mit der zu leistenden Arbeit keineswegs im Einklang. In einem durch die Organisation eingereichten Kolontarif wurden als Einzellohn für Kutscher 34 Mt., für Mitfahrer 31 Mt. pro Woche und für Ausschlässe 6 Mt. pro Tag gefordert. Die tägliche Tourenzahl soll zwei betragen, muß eine dritte Tour gefahren werden, so wird sie mit 3 Mt. extra vergütet. Da die Unternehmer nicht autorisiert, lud der Transportarbeiter-Verband die Fuhrherren zu einer Zusammenkunft zu der auch 21 Unternehmer erschienen waren. Während in verschiedenen Punkten des Tarifs ein Einvernehmen erzielt wurde, gelang dies in der Lohnfrage nicht. Eine Versammlung der Arbeiter beschloß daher, die Arbeit einzustellen. Dieser Beschluß wurde mit voller Einmütigkeit durchgeführt. Die meisten Arbeitgeber bewilligten darauf sofort. In einigen Betrieben kam es zur kurzen Arbeitseinstellung. In kurzer Zeit hatten sämtliche Unternehmer die geforderten Löhne bewilligt: die Arbeit wurde sofort wieder aufgenommen. Der Tarif soll im Laufe dieser Woche ausgefertigt und unterschrieben werden.

**Soden.** Ein Opfer seines Berufes. Kürzlich ereignete sich auf der Niederhofheimerstraße am Reichhof ein schweres Unglück, dem ein Menschenleben zum Opfer fiel. Oberhalb des Reichhofes liegt auf einer ziemlich steilen Anhöhe die Ringpostenstraße des Bauunternehmers Diehl aus Höchst. Der etwa 50 Jahre alte Fuhrmann Wilhelm Umebung, der bei dem Unternehmer Kötter in Sodingen in Dienst steht, kam um 1/2 11 Uhr mit einem Brau voll Steine aus der Ringel auf die steil abfallende Straße heranzufahren. Beim Einbiegen blieb er am Ende des Wagens, um die Bremsvorrichtung anzuziehen. Die Vorrichtung war mangelhaft — es fehl der Bremsklotz nur noch aus einer 2 Millimeter dicken, abgenutzten Hinterwand bestehend haben —, die Klöße gingen entzwei, und die Pferde konnten den ins Rollen gekommenen Wagen nicht mehr aufhalten. — Umebung setzte für seines Herrn Pferde, um einen Unfall von ihnen abzuwenden, sein eigenes Leben aufs Spiel. Er sprang vor und versuchte die Pferde auf die Seite zu drängen, um den Wagen in den Graben zu bringen; dabei kam er zu Fall, die Klöße des schwerbeladenen Wagens gingen ihm über Brust und Kopf hinweg und zermalmeten die Körperstelle zu einer Fleischwunde. Er war sofort tot. Eine Gerichts-Kommission war am Nachmittag zur Stelle; die Bremsvorrichtung wurde von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt. Wie uns weiter mitgeteilt wird, war der Wagen von dem Unternehmer Joh. Einig in Sodingen geliehen. Die Wagen des Herrn Kötter sollen in keinem besseren Zustande sein. Einen Tag vorher hatte der Verunfallte bereits eine Reparatur vorgenommen; er nagelte einige Latenstücke an die Klöße. Der Belegmeister machte ihn noch darauf aufmerksam, daß diese Maßnahme absolut nicht nütze. Umebung war Mitglied des Transportarbeiterverbandes und der sozialdemokratischen Partei.

**Oeffentliche und Mitglieder-Versammlungen.**

**Berlin.** „Die Lebenslage der arbeitenden Klasse.“ Mit diesem Thema beschäftigte sich eine am 22. Oktober stattgefundene öffentliche Versammlung, die von der Textilbranche einberufen war. Der Referent schilderte eingehend die Ursachen der Hungersnot, in der wir uns befinden und zeigt durch Beispiele aus Wien, daß die Regierungen dem arbeitenden Volke statt Brot Bajonette und Gewehrfasern verabfolgen. Ferner, daß bei der Reichstagswahl im Jahre 1907 durch die Dürpierung des Volkes die Arbeitervertreter vermindert und dadurch den Agrariern und der Regierung bei Durchführung der Finanzreform der Rücken gestärkt wurde. Der Referent empfiehlt den Versammelten, den Gewerkschaften mehr Interesse wie bis dato entgegen zu bringen, weil nur dadurch die Lebenslage gehoben werden kann. Die enorme Schuldenlast, die dem deutschen Volke seit der Regierung Wilhelm II. aufgebürdet ist, unterzieht der Referent einer scharfen Kritik. Ebenso die Aufbringung der Mittel; die bestehende Klasse lehnt jede direkte Steuer ab und bringt indirekte, die die große Masse zu tragen hat, zur Einführung. Neben schildert das Pumpensystem des preussischen Staates, die Kapitalisierung der Großbanken und die Abhängigkeit des Staates vom Kapital. Zum Schluß forderte der Referent im Besonderen die Frauen auf, bei der nächsten Reichstagswahl tatkräftig mitzuarbeiten, damit überall dem roten Stimmzettel zum Sieg verholfen wird. Die Niedergerickten sollen eine Note reiten, daß den Agrariern Hören und Sehen verweigert. Reicher, Weisfall lohnte den Referenten für seine Ausführungen. Nach Begehung einiger Internas trat Schluß ein.

**Berlin. Chemikalien-Branche.** Am 9. Oktober tagte unsere Branchen-Versammlung. Der Branchenleiter führte zunächst an, daß der bisherige Schriftführer jetzt einer anderen Branche angehört und die Wahl eines Schriftführers erledigt werden müsse. Als solcher wurde der Kollege Maifisch gewählt. Nach diesen gab der Branchenleiter den Kollegen den Bericht über die Generalversammlung, worüber eine Diskussion nicht stattfand. Hierauf folgte nun ein Antrag, daß dem „Conrrier“, der bis jetzt wenig oder garnichts für Chemikalien-Branchen schrieb, monatlich eine Rubrik beizufügen ist, die über wissenschaftliches berichtet, gesundheitsschädliche Arbeiten und Hygiene für die Chemikalien-Branche behandelt. Es wurden nun noch 2 Anträge gestellt und zwar, daß den Delegierten zu den örtlichen Generalversammlungen eine Entschädigung von 50 Pf. zu gewähren ist. Da in verschiedenen Branchen noch sehr niedrige Löhne gezahlt werden, so ist es den Delegierten nicht möglich, alles aus ihrer Tasche zu bestreiten. Ferner wurde von den Kollegen der Antrag gestellt, daß zu den örtlichen General-Versammlungen Gastkarten an die Mitglieder auszugeben sind, und diese nur auf den Galerien Platz nehmen dürfen. Nachdem nun der Branchenleiter noch die Mitteilung machte, daß der Chemikalien- und Glasbranche im November einer Lichtbilder-Vortrag und zwar: Die deutsche Revolution gegeben wird, erfolgte Schluß der gutbesuchten Versammlung.

**Dresden.** Am Mittwoch, den 18. Oktober fand unsere Quartalsgeneralversammlung statt. Der Bevollmächtigte gab den Bericht ab, aus dem hervorzuheben ist: Die Mitgliederzahl ist im erfreulichen Wachsthum begriffen. Eintritte und Uebertritte sind 625 zu verzeichnen. Ausgetreten, übergetreten und verstorben sind 425 Mitglieder. Der gesamte Mitgliederbestand beträgt am Schluß des Quartals 4878 männliche, 206 weibliche und 176 jugendliche. Die tätige Tätigkeit war eine sehr rege. Es wurden 21 Branchen-, 12 Agitations- und 10 öffentliche Versammlungen abgehalten. Außerdem fanden statt 82 Betriebsbesprechungen, 4 Lohnkommissionen- und 11 sonstige Sitzungen. Die Verwaltung erledigte ihre Geschäfte in 11 Sitzungen, davon 6 mit dem Votum. Mit Arbeitgebern wurde achtmal verhandelt, dreimal mit der Verhandlungskommission der Möbelbranche.

Die Lohnbewegung der Möbeltransporter nahm längere Zeit in Anspruch und hatte es manchmal den Anschein, als ob die Verhandlungen scheitern sollten. Am 23. August fand die Schlichterverhandlung statt. Der erneuerte Tarif wurde auf 3 Jahre abgeschlossen. Der Mehrerwerb beträgt pro Mann und Woche 3 bis 5 Mt. Für die ständigen Feder wurde der Wochenlohn erstmalig festgelegt und zwar auf 26 Mt. pro Woche. Auch die Arbeitszeit für Hof- und Lagerarbeiter wurde erstmalig auf 10 Stunden festgelegt. Die Vorkostsätze sind um 10 pCt., ab 1. April um 15 pCt. erhöht worden. Auch alle übrigen Positionen sind um 20 pCt. erhöht worden. Außer den 25 dem Lokalverband angehörenden Firmen haben bis zum 1. Oktober noch 40 Firmen den Tarif anerkannt. Nur wenige unbedeutende Firmen wie J. Siegmund und D. Sohn, haben noch nicht unterzeichnet. Ziffernzen entstanden noch bei den Firmen Wittorf und H. Eschdorters Nachf. Einmütig wurden die Lohnbewegungen für die Fensterreiniger, Baggerer und Petroleumkutscher.

Die Arbeitsvermittlung gestaltete sich wie folgt: Arbeitslos meldeten sich 160 Kollegen. Stellen wurden gemeldet für fest 144, zur Ausfülle 150. Befest wurden für fest 93, zur Ausfülle 118 Stellen. Am Schluß des Quartals verblieben noch 27 Kollegen arbeitslos. Brand meldeten sich 224 Kollegen. Am 1. Oktober waren noch 47 Kollegen krank, davon 29 unfähigkeitsberechtigt. In schriftlichen Eingängen waren zu verzeichnen: 148 Briefe und Postkarten, 64 Drucksachen, 546 Pakete. In Ausgängen: 205 Briefe und Postkarten, 307 Drucksachen, 608 Pakete. Mündliche Auskunft wurde in zahlreichen Fällen erteilt, außerdem für eine Anzahl Kollegen Einreden gemacht. — Auch an die hiesige Oberpostdirektion wurde auf Beschluß einer großen Markthelfer-Versammlung eine Beschwerdebrief eingereicht, die vollen Erfolg hatte.

Der Kassenbericht zeigt folgenden Bild: Verkaufte Beitragsmarken a 60 Pf.: 52 606, a 20 Pf. 3325 Stück. Ausnahmen a 1 Mt. 475, a 50 Pf. 47. Verkauftene Einmalmarken 156,43 Mt. Kassenbestand vom vorigen Quartal 29 210,59 Mt. Die Gesamteinnahme betrug 64 053,16 Mt. — Die Ausgaben der Totalkasse betragen 7852,39 Mt.

An die Hauptkasse wurden geschickt	
in bar	13 196,19 Mt.
in Quittungen für Arbeitslose	901,50 "
" " " Kranke	4 433,25 "
" " " Streik	217,— "
" " " Gemafregeste	38,— "
An Beerdigungsbeihilfe	400,— "
Rechtschutz	193,65 "
An den Gauverband	770,— "
Für die Aussperrung an unsere Mitglieder	1 762,— "
Die Gesamtausgaben der Haupt-	
kasse betragen	21 911,69 Mt.

Insgesamt also Ausgaben 29 764,08 Mt., so daß der Kassenbestand am 1. Oktober 34 190,98 Mt. beträgt. In der darauf folgenden Debatte sprachen alle Neben ihre Verteidigung über die gesunde Entwicklung der Verwaltungsstelle aus. Auf Antrag der Referenten wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Auf Antrag der Verwaltung wird dann einstimmig beschlossen, dem Vorstand den Ausschluß des Fensterreinigers Arthur Georg. Wille wegen Streikbruch zu empfehlen. Es entspinnt sich eine längere Debatte über die neue Verkehrsordnung und ihre Handhabung durch die Postbetriebe. Den Kollegen Kutscher wird empfohlen, die Verkehrsordnung, die die Verwaltung

In 700 Exemplaren angeschafft hat, zu kaufen. Dieselbe wird zum Preise von 30 Pf. abgegeben. Im Buchhandel kostet dieselbe 50 Pf. Nachdem noch an die nächsten Versammlungen und Veranstaltungen hingewiesen und zu regem Besuch aufgefordert worden ist, wird die Versammlung geschlossen.

**Elmsborn.** Am Sonnabend, den 14. Oktober, fand unsere Mitgliederversammlung statt. Der Kartelldelegierte gab den Bericht und wurde dieser beifällig aufgenommen. Die Abrechnung der Zahlstelle ergab, daß bei einer Einnahme von 594,61 Mk. und einer Ausgabe von 538,01 Mk. ein Kassenbestand von 56,60 Mk. verblieb. Dem Kassierer wurde hierauf Entlassung erteilt. Es sind hier 32 zahlende Mitglieder. Von den Schiffen der Elmsborner Dampfschiffahrts-Gesellschaft wurde das Verhalten der Firma bezüglich des im Frühjahr bei der Lohnbewegung gegebenen Versprechens kritisiert. Die Sache wird dem Gauvorstand überwiesen. Nachdem noch einige interne Angelegenheiten besprochen, trat Schluß der gut besuchten Versammlung ein.

**Hamburg I.** Kombinierte Mitgliederversammlung aller Sektionen am Freitag, 6. Oktober. Vor einer gut besuchten Versammlung referierte ein Verbandssekretär über den Kampf der englischen Transportarbeiter, seine Ursachen, seinen Verlauf, seine Erfolge und seine Lehren. Der Referent bemerkte eingangs: Eine ruhige, sachliche, objektive Erörterung dieser Frage sei vor allen Dingen notwendig. Ueber die erzielten Erfolge selbst zu reden, sei verfrüht, weil zurzeit noch in verschiedenen Orten und Distrikten diesbezügliche Verhandlungen stattfinden. Ein abschließendes Merkmal für diese Gesamtbewegung bereits heute zu geben, sei aus diesem Grunde überhaupt unnötig. Bei der Behandlung des Themas sei es weiter ebenso notwendig, die Darstellungen ohne jede Übertreibung, Ueber- und Unterschätzung zu geben. Keiner jenseits alsdann in ausprüchlicher Weise die Wirkungslosigkeit Englands und den Verlauf des Kampfes. Wohl niemand hat geglaubt, daß überhaupt der Kampf der Transportarbeiter drüben mit solcher Behemung um sich greifen würde. Ueberhaupt ist und geradezu unersichtlich war das Verhalten der Arbeitgeber, welche zunächst jede Verhandlung ausschlugen, genau so wie an verschiedenen Orten Deutschlands. Erst durch das Zwischentreten der Regierung sah man sich veranlaßt, zu verhandeln und Konzessionen zu machen, und wurde somit einem weiteren Umschlagen des Kampfes vorgebeugt. In ausgezeichneter Weise verstand es der Referent, die einzelnen Phasen des Kampfes zu schildern. Mit dem Ermöglichen konnte man zufrieden sein, es konnte aber nicht mit darauf an, die einmal Ermöglichte zu erhalten. Der Ausbau der einzelnen Organisationen sei unbedingt Pflicht. Auch wir in Deutschland begünstigen unsere Kollegen zu dem erzielten Erfolge und wir werden aus dem Kampf selbst unsere zweckmäßigen Lehren ziehen. Nieher verfallt heute die vorzeitigen Ausführungen. Auf Antrag wurde von einer Diskussion Abstand genommen. Nach Bekämpfung einiger geschäftlicher Mitteilungen erfolgte Schluß der gut besuchten Versammlung.

**Hannover.** In der am Mittwoch, den 18. Oktober, stattgefundenen Generalversammlung hielt zunächst der Genosse Lau einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Der Einfluß der Gesetzgebung auf die Gewerkschaften“. Redner führte den Anwesenden vor Augen, daß, solange die Arbeiterbewegung existiere, diese sich der liebevollsten Fürsorge der herrschenden Klasse und deren Instrumente erfreue. Er wies nach, daß die Bemühungen, die Arbeiterbewegung durch Ausnahmegeetze zu bekämpfen oder sie gar zu vernichten, stets das Gegenteil erreicht hätten. Trotz der intensiven Bekämpfung seitens der regierenden Gewalten im Grunde mit den Unternehmern entwickelten sich die Arbeiterorganisationen immer mehr. Wenn man in den letzten Jahren mit der Einführung von Ausnahmegeetzen keinen Erfolg gehabt habe, so sei das ein Beweis für die Stärke der Organisationen. Einen offenen Kampf bezw. eine direkte Aenderung der gesetzlichen Bestimmungen wage man nicht. Um so mehr werden aber die bestehenden Gesetze gegen die Bestrebungen der Arbeiter angewandt. An der Hand von Beispielen zeigte er, wie durch Auslegung der gültigen Gesetze der modernen Arbeiterbewegung die allergrößten Schwierigkeiten bereitet würden. Redner ging dann weiter auf die geplante Aenderung des deutschen Strafgesetzbuches ein. Er empfahl, die in Verschiedenform erschienenen Reden des Genossen Heinemann recht eifrig zu studieren, da sie so recht zeige, wie man von hinten herin der modernen Arbeiterbewegung den Strick um den Hals legen wolle. Wir hätten aber auch alle Ursache, auf dem Posten zu sein, diesen Bestrebungen mit aller Schärfe entgegenzutreten. Die beste Gelegenheit hierzu bieten die kommenden Reichstagswahlen. Aufgabe aller freigeberisch organisierten Arbeiter müsse es sein, für die nötige Aufklärung unter den Indifferenten Sorge zu tragen, damit die Reichstagswahlen ein warnendes Menetekel für die herrschenden Klassen würden. In der Diskussion wurde noch darauf hingewiesen, daß die geplante Aenderung des Strafgesetzbuchs gerade für die Transportarbeiter von außerordentlicher Wichtigkeit sei. Wollte man doch den Verkehrsarbeitern das Koalitionsrecht überhaupt nehmen. Der Kassenbericht lag gedruckt vor. Einnahme und Ausgabe balancieren mit 7511,91 Mk. An Unterstützungen wurden aus der Hauptkasse insgesamt 4073,10 Mk. und aus der Lokalkasse 69 Mk. bezahlt. Der Ortskassenbestand erhöhte sich von 711,13 Mk. auf 1327,25 Mk. Die Zahl der verkauften Marken betrug 11 626. Die Zahl der Mitglieder ist von 872 auf 948 gestiegen. Da Bücher und Belege in Ordnung befanden wurden, wurde dem Kassierer Entlassung erteilt.

Lohnbewegungen wurden im verfloffenen Quartal 3 in 4 Betrieben geführt, die sämtlich ohne Arbeitseinstellung verliefen. In allen 4 Fällen kam es zum Abschluß eines Tarifes.

In 2 Betrieben, Fensterputzer, wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um 3 Stunden und eine Erhöhung des Lohnes um 1,50 Mk. pro Woche und Beteiligten erzielt. In einem Betriebe (Wrottscher) wurde für einen Teil der Beteiligten eine Lohn-erhöhung von 2 Mk. pro Woche, außerdem für alle Beteiligten Bezahlung der Sonntagsarbeit durchgesetzt. Für die Kollegen in einer Porzellan- und Glas- handlung erhöhte sich der Lohn durch den Tarif- abschluß um 2 Mk. pro Woche.

Nachdem noch verschiedene interne Angelegenheiten erörtert waren, forderte der Bevollmächtigte die Kollegenschaft auf, sich im laufenden Quartal noch mehr wie bisher an den Agitationsarbeiten zu beteiligen, damit es gelinge, bis zum Jahreschluß die Mitgliederzahl auf mindestens 1000 zu steigern.

**Hilbeshelm.** Am Sonntag, den 15. Oktober fand unsere Generalversammlung statt. Kollege Bachmann gab den Geschäftsbericht, in welchem er hervor- hob, daß auch in diesem Quartal ein kleiner Fort- schritt zu verzeichnen ist. Sind doch von den 130 Mitgliedern 1584 Wochenbeiträge gezahlt. Zur Belegung der Agitation wurden einige Sitzungen ab- gehalten, in denen man sich hauptsächlich mit der Hausagitation beschäftigte. Alsdann gab Kollege Leh- mann den Kassenbericht vom 3. Quartal. Neu aufge- nommen wurden 13 männliche und 3 weibliche Mit- glieder. Bestand vom vorigen Quartal 123, zusammen 141. Abgerufen 16, bleibt ein Bestand von 130 Mit- gliedern. Kassenbestand vom vorigen Quartal 293,47 Mk.; Einnahme 919,25 Mk., Summa 1212,72 Mk. An Unterstützungen wurden 436 Mk. gezahlt; sachliche Ausgaben 255,40 Mk.; direkt an die Hauptkasse 207,63 Mk.; bleibt ein Kassenbestand von 313,69 Mk. Hierauf wurde dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Zum Schluß forderte Kollege Bachmann die Anwesenden auf, sich an den Landagitationen zur nächsten Reichs- tagswahl besser zu beteiligen, wie es bisher der Fall gewesen ist, weil unser Bezirk einer der schwärzesten in unserem ganzen Wahlkreise ist.

**Mainz.** Am 22. Oktober fand unsere viertel- jährige Quartals-Generalversammlung statt, welche gut besucht war. Kollege Gred gab den Geschäfts- bericht und führte aus, im dritten Quartal sei wiederum ein Anstieg der Mitgliederzahl zu ver- zeichnen. Der Markennutzen ist von 5513 im zweiten auf 5888 im dritten Quartal gestiegen, ebenfalls er- höhte sich die Mitgliederzahl von 471 auf 499. Die Einmündigung der Ortsverwaltung kam in diesem Jahre als eine gute bezeichnet werden, wenn auch nicht mit Ueberschätzen, so geht es doch von Quartal zu Quartal vorwärts. Ein Beweis dafür ist, daß wir von 130 Mitgliedern am Schluß des vierten Quar- tals 1910 auf 490 am Schluß des dritten Quartals 1911 gestiegen sind. So ist der Markennutzen von 1845 im vierten Quartal 1910 auf 5888 im dritten Quartal 1911 gestiegen. Allen Voraussetzungen nach dürfte wir im vierten Quartal einen weiteren Fort- schritt zu verzeichnen haben. Daß es die Ortsver- waltung an der nötigen Aufklärung und Agitation in diesem Quartal ebenfalls nicht hat fehlen lassen, beweist, daß 16 Versammlungen, sowie 32 Sitzungen und Besprechungen stattgefunden haben. Unter den Handwerksarbeitern haben wir in diesem Quartal eine rege Agitation betrieben, doch geht es langsam vorwärts unter dieser Berufsgruppe. Daß die Kol- legen Handelsreisende so schwer zu organisieren sind, ist einseitig darauf zurückzuführen, weil die Kol- legen einzeln in den Betrieben tätig sind, dann be- steht noch ein Lokalverein der Haus- und Geschäfts- diener, dessen Mitglieder den Wert und Nutzen der Zentralorganisation noch nicht begriffen haben. Bei den Möbeltransportarbeitern geht es auch wieder vor- wärts, haben doch eine Anzahl Kollegen eingesehen, daß ohne Organisation eine Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht zu erzielen ist. Zu Dis- senzen kam es in drei Fällen, in einem Falle legten wegen Entlassung eines Kollegen sämtliche Kollegen im Betriebe die Arbeit nieder. Nach einer zweifeln- digen Arbeitseinstellung wurde die Entlassung des Kollegen wieder rückgängig gemacht. Hier ist der Be- weis gebracht, daß Einigkeit stark macht. Auch die übrigen Fälle wurden alle zugunsten der Kollegen er- ledigt. Krank meldeten sich 31 Kollegen, dieselben erhielten für 475 Tage 497,45 Mk. Unterstützung. Ar- beitslos meldeten sich 25 Kollegen, davon erhielten 16 Kollegen für 178 Tage eine Unterstützung von 252,24 Mk. Die Abrechnung lag den Kollegen ver- diefflichtigt vor und haben wir eine Einnahme von 3274,81 Mk. zu verzeichnen. Auf Antrag des Revi- sors Ph. Klein wurde dem Kassierer einstimmig Ent- lassung erteilt. Eine Diskussion über den Geschäfts- und Kassenbericht wurde nicht befiest. Den Kartell- bericht gab der Kollege G., derselbe wurde lebhaft diskutiert. Die Weihnachtsfeier, die alljährlich ge- meinschaftlich mit Partei und Gewerkschaften in der Stadthalle gefeiert wird, wurde lebhaft diskutiert und zum Schluß wurde ein Antrag angenommen, der von der Weihnachtsfeier in diesem Jahre absteht. Dann kritisierte der Kollege Ringelhöfer die Geschäftsführung des Gauvorstandes. Es wäre notwendig, um Lohn- bewegungen und Agitation im Gau einheitlich zu be- treiben, daß alljährlich Konferenzen stattfinden, wozu von jeder Ortsverwaltung Delegierte zu en- senden wären und die Mitgliedschaften ihre Anträge stellen könnten. Es wurde dann von der Versamm- lung folgender Antrag gestellt: Der Gauvorstand ist zu ersuchen, noch vor Ablauf dieses Jahres eine Gau- konferenz einzuberufen. Dieser Antrag wurde ein- stimmig angenommen. Im weiteren wurde angerät, auch unter den Handwerksleuten die Agitation zu betreiben, weil diese Kollegen noch bei niedrigen

Löhnen und einer langen Arbeitszeit frohden müssen. Zum Landtagswahlfonds wurden aus der Lokalkasse 10 Mk. bewilligt. Alsdann forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, mehr wie bisher die Versammlungen zu besuchen. Hierauf erfolgte Schluß der gut ver- laufenen Versammlung.

**Mannheim.** Am verfloffenen Sonntag tagte in Ludwigsbafen die vierteljährliche Generalversammlung, wo der Geschäfts- und Kassenbericht vom verfloffenen Quartal gegeben wurde. Aus dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß es im letzten Vierteljahr wieder ganz erfreulicher Weise vorwärts gegangen ist. Der Versammlungsbesuch war zwar kein so reger, was jedoch auf die im letzten Vierteljahr bestandene Sit- periode zurückzuführen war. Es machten sich im ganzen 120 Sitzungen und Versammlungen notwendig. Größere Lohnbewegungen kamen nicht in Betracht, da ja im Frühjahr durch Abschluß von Tarifverträgen die Kollegen im Hafen und im Fuhrgewerbe jezt be- friedigt sind. Es kann sich nur um kleinere Gruppen handeln. Zum Abschluß von Tarifverträgen kam es in diesem Quartal mit dem Möbeltransport in Lud- wigsbafen, mit der Medarbrotsfabrik in Mannheim, mit dem Eisenhandlungen Weil u. Meinhard, Marum, Kahn u. Goldmann. Letzterer Tarif gilt als Neuabschluß, bei der Medarbrotsfabrik erfolgte der dritte Abschluß und im Möbeltransport Ludwigsbafen der zweite. Alle drei Bewegungen sind zur Zufriedenheit der Beteiligten beendet worden. Ein Solidaritäts- streik erfolgte bei der Mannheimer Petroleumvertriebs- gesellschaft, Filiale Schweningen, welcher auch mit vollem Erfolg beendet wurde. In Mitleidschaft waren Mitglieder bei der Walzmühle, Kadelwert und Müllfabrik gezogen. In letzterem Falle waren 50 Kollegen beteiligt, wovon nachträglich 16 gemahregelt wurden. Auf eine Anfrage aus der Mitte der Ver- sammlung, ob wir als Organisation uns an den Be- ratungen dieser Bewegung beteiligen hätten, wurde der Versammlung mitgeteilt, daß unsere Organisation vor vollendete Tatsachen gestellt worden ist, weil von Seiten des Fabrikarbeiterverbandes vollständig igno- riert worden sind. Eine weitere Bewegung ist im Gange. Die Kintoangestellten kämpfen gegenwärtig um einen freien Tag. Der Unternehmer kann diese Kol- legen jährlich 365 Tage beschäftigen, ohne daß eine gesetzliche Bestimmung ihn davon abhalten kann. Ein- gaben ans Bezirksamt waren bisher ohne Erfolg. Die Kollegen haben in ihrer letzten Versammlung be- schlossen, durch ein Rundschreiben an das soziale Einspinden der Besitzer zu appellieren und von ihnen den zehnten Tag als einen freien Tag zu fordern. Dies geschah, bis heute haben bereits schon die Hälfte der Besitzer dem Wunsch der Unzufriedenen Rechnung getragen. Es wurden im letzten Quartal 296 Auf- nahmen gemacht. Die Beitragsziffer ist um 3105 Beiträge gestiegen. Die Gesamteinnahmen betragen 21 555,22 Mk. Die Hauptkasse erhielt 10 790,80 Mk., wovon sie jedoch an Unterstützungen die Summe von 7457,95 Mk. zahlen mußte. Der örtliche Kassenbestand ist von 5267,92 Mk. auf 6768,57 Mk. gestiegen. — Im Punkt 3 der Tagesordnung wurde der Versamm- lung bekannt gegeben, daß beim Vorstand beantragt werden soll, 3 Kollegen laut § 7 des Statuts aus- zuschließen. Es sind dies der frühere Vorbereiter Josef Krauer, welcher es bei dem Streik in der An- senfabrik vorgezogen hat, seinen kämpfenden Arbeits- brütern in den Rücken zu fallen. Desgleichen auch der Kohlenarbeiter Robe Leonhard. Der Fuhrmann Martin Koch hat auf Befehl seiner Gehilfen den Hausreiter in der Walzmühle gemacht. Der Vor- sitzende empfiehlt einstimmige Annahme des Antrages, da wir nicht dulden können, daß Elemente in unserer Mitte weilen, die das Gefühl eines Klassenbewußten Arbeiters in solch einer Weise mit Füßen treten. Die Versammlung stimmte einstimmig diesem Antrag zu. Zum Reichstagswahlfonds wurden je 25 Mk. für Mannheim und Ludwigsbafen bewilligt. Mit einem fräftigen Appell an die Versammelten, fleißig im In- teresse der Organisation tätig zu sein, damit die Reihen unserer Berufs Kollegen immer mehr verdichtet werden und wir recht bald das dritte Tausend über- schreiten können, schloß der Vorsitzende die Ver- sammlung.

**Moskau.** Unsere Versammlung, die am 21. Ok- tober stattfand, war nur mäßig besucht, obgleich eine wichtige Tagesordnung, u. a. Quartalsabrechnung vorgelegen war. Unser Bevollmächtigter gab gleich zu Anfang der Hoffnung Ausdruck, daß in Zukunft der Versammlungsbesuch ein besserer werde. Nachdem der Versammlung mitgeteilt war, daß seit unserer letzten Zusammenkunft der Mitgliederbestand einen Zu- wach von 50 Kollegen erhalten hat, gab der Kas- sierer die Abrechnung. Nach dem Bericht desselben gestattete sich die Abrechnung, die dieses mal den An- wesenden schriftlich vorlag, wie folgt:

Abrechnung vom 3. Quartal 1911.

Einnahme:		
Kassenbestand vom vorigen Quartal		864,89 Mk.
Beitrittsgeb.	4 1,00	77,00 "
Beitrittsgeb.	4 0,50	0,50 "
5900 Stück Wochenbeiträge	4 0,50	2950,00 "
29 St. Wochenbeitr. (Jugendl.)	4 0,25	7,25 "
18 St. Wochenbeitr. (Inval.)	4 0,25	4,50 "
7 Stück Baufondsmarken	4 0,50	3,50 "
Zinsen		11,76 "
Zusammen		3919,40 Mk.
Ausgabe:		
Extra-Unterstützung (1 Fall)		5,00 Mk.
Reise-Unterstützung (3 Fälle)		6,00 "
Verwaltungsausgaben:		
a) persönliche (Gehalt, Entschädigung, Prozenz usw.)		309,35 "
b) sachliche (Materialien, Miets, Tele- phon usw.)		0,80 "

# Am 12. Januar 1912 ist Reichstagswahl!

Wer sein Vaterland, seine Mitmenschen, seine Familie liebt, also ein wirklich echter Patriot ist, sorgt mit allen Kräften dafür, daß der schwarzblaue Block, daß die Raubritter und die Scheinheiligen aus dem Reichstage hinausgeworfen werden. Dazu bedarf es aber angestrengtester Agitationsarbeit. Jeder Einzelne muß seine Kraft in den Dienst unserer Sache stellen und sein redlich Teil zum Gelingen beitragen:

für Versammlungen, Annoncen, Referate, Drucksachen		49,60 Mt.
für Kartell- und Sekretariatsbeiträge		170,80 "
für Porto, Telegramme usw.		19,34 "
für Festbesitz		19,35 "
für Verschiedenes		1,50 "
An die Hauptkasse abgeführt		2289,25 "
Zusammen		2870,99 Mt.

Bilanz:		
Einnahme		3919,40 Mt.
Ausgabe		2870,99 "
Kassenbestand am 3. 10		1048,41 Mt.

Die Summe, die an die Hauptkasse gesandt wurde, setzt sich aus folgenden Posten zusammen. Dieselbe erhielt in Bargeld 1833,09 Mt. in Quittungen: für Erwerbslosen-Unterstützung a) an Kranke 375,82 " b) an Arbeitslose 55,34 " für Extra-Unterstützung 25,00 " Zusammen 2289,25 Mt.

Mitgliederbewegung: Bestand am Ende des vorigen Quartals 427, am Schlusse des Quartals 509 Mitglieder.

Wenn wir nun auch mit dem Ergebnis der Neuaufnahmen vorläufig zufrieden sein müssen, so genügt aber andererseits die Zahl bei weitem nicht, zumal diese Aufnahmen nur immer von bestimmten Kollegen gemacht werden, wogegen die überwiegende Mehrzahl unserer Mitglieder es nicht für nötig hält, auch nur einen einzigen Berufskollegen, deren es leider in Kostock noch eine ganze Menge gibt, für unsere Bestrebungen zu gewinnen. Wir müssen uns leider mit dem zufrieden geben, was wir haben, aber daß es rüstig vorwärts geht in unserem Orte, das zeigte Kollege Lettow an einer Mitteilung, die er im Vergleich zu dem Vorjahr zu Gehör brachte, und er schloß mit dem Wunsche, noch mehr wie bisher für unsere Ideen Propaganda zu machen, damit es in Kostock bald keine unorganisierten Transportarbeiter mehr gibt.

Welt regere Diskussion entspannt sich über die Aufhebung der Sperre bei der Kohlenfirma Pödeus und dessen Stauer P. Laß, die dadurch endete, weil der Antrag des Kollegen Stühr, diesen Punkt zu vertagen und in einer demnächstigen außerordentlichen Versammlung die Angelegenheit zu besprechen, Annahme fand. Infolge einer Veränderung der Haus-tastierung nahm unser Bevollmächtigter Veranlassung mitzuteilen, daß die Auszahlung sämtlicher Unterstützungen von heute ab am Sonntag abend von 8-10 Uhr bei Chr. Weiser, Beguinenberg vorgenommen wird, statt wie bisher am Freitag. Dieser Vorschlag wurde auch seitens der Versammlung akzeptiert.

Angeregt wurde ferner, in nächster Zeit eine Versammlung einzuberufen, zu der unser Genosse Reichstagskandidat Hr. Starosson gewinnen werden soll, um über das Thema „Partei und Gewerkschaft“ einen Vortrag zu halten.

Bemerkt sei noch, daß leider in der Ausübung der Kontrolle die rosa Kontrollkarte zu wenig beachtet wird, und möchten wir daher unsere Kollegen ersuchen, bei jeder Gelegenheit wo sie mit Berufskollegen zusammentreffen, sich die Kontrollkarte zeigen lassen, um dadurch festzustellen, ob sie organisiert sind oder nicht nur ob sie ihrer Pflicht dem Verband gegenüber genügen, denn die einzig wirksame Kontrolle ist die unter den Kollegen selbst.

Vergessen wollen wir auch weiter nicht, daß auch endlich unsere bei der Firma Wertheim beschäftigten Kollegen samt und sonders dem Verbands begetreten sind und demnach ihre Wünsche unterbreiten werden. Auch unsere Kollegen bei dem Kostocker Abfuhrinstitut haben eingesehen, daß nur durch die Organisation Verbesserungen erzielt werden können und hoffentlich sorgen unsere dortigen Kollegen dafür, daß auch dieser Betrieb bald Mann für Mann dem Verbands beitrifft. Nach einigen Internas erfolgte Schluß der Versammlung.

Stettin. In der Generalversammlung, welche am 20. Oktober tagte, erstattete zunächst Kolll. Lünser den Kassenbericht vom 3. Quartal 1911 wie folgt: Einnahme 27 620,63 Mt., Ausgabe 18 376,36 Mt.; Kassenbestand am 1. Juli 1911: 7186,73 Mt., am 1. Oktober 1911: 9244,27 Mt. Die Ausgaben verteilen sich wie folgt: Postkasse 4709,34 Mt., die Hauptkasse an Arbeitslosenunterstützung 385,05 Mt., Krankenunterstützung 2206,20 Mt., Streitunterstützung 2,65 Mt., Extraintersubstanz 65,- Mt., Beerdigungsbeihilfe 520,- Mt., Rechtschutz 73,25 Mt., in bar erbielt die Hauptkasse 8716,87 Mt., an den Kassenbestand in bar 1500 Mt., in Summa 13 469,02 Mt. sind an die Hauptkasse abgeführt. Außerdem sind 84,75 Mt. in bar an die Buchhandlung abgeführt. In der alsdann erscheinenden Debatte forderten verschiedene Redner Auskunft über einige lokale Ausgaben, welchem nachgegangen wurde. Weiter wurde dem Kassierer auf Antrag der Revisoren einstimmig Decharge erteilt. Kollege Steinmüller gab hierauf einen kurzen Rückblick auf das 3. Quartal. Redner führte aus,

daß das verflossene Quartal ein arbeitsreiches gewesen sei. Jedoch dürfen wir mit dem Erfolg nicht zufrieden sein. Ausnahmen hatten wir 522 Ueberkulte von anderen Gewerkschaften 56 zu verzeichnen, so daß wir am Schlusse des Quartals auf 3163 zahlende Mitglieder zurückblicken können. Besonders sei noch zu erwähnen, daß 9000 Beitragsmarken mehr wie im gleichen Zeitraume des Vorjahres umgesetzt worden sind. Als gelungen sei die Agitation unter den Kolll. hutschern und Expeditionsarbeitern zu betrachten. Die Gruppen sind auf Grund dessen in eine Lohnbewegung eingetreten. Bei den Kolll. hutschern kam es in 24 Vertrieben mit 218 Beteiligten zu einer kurzen Arbeitseinstellung. Organisiert waren von den Beteiligten 206 bei uns, 2 in anderen Gewerkschaften und 10 waren unorganisiert. Gelungen ist es, mit 19 Uebernehmern Tarife abzuschließen, wodurch den Kollegen ein Mehrlohn von insgesamt 774,04 Mt. pro Woche gesichert ist; weiter wurde noch die Bezahlung der Ueberarbeit geregelt. Zu bemerken sei noch, daß der hiesige Eisenbahnspediteur in seinem Vertrage unterschrieben, keinen Tarif anzuerkennen; jedoch habe er einen Revers unterschrieben und ist dadurch den dort beschäftigten Kollegen der erhöhte Lohn gesichert. Die alsdann einsetzende Diskussion bewegte sich in sachlichen Bahnen. Weiter wurde beschlossen, am 20. Januar 1912 zwei gemeinsame Maskenbälle, und zwar beim Kollegen Tetzlerow und Genossen Widows abzuhalten. Mit den weiteren Arrangements soll ein Komitee von 27 Mitgliedern, welche in Sektionsversammlungen zu wählen sind, beauftragt werden. Alsdann erfolgte Schluß der von 32 Kollegen besuchten Versammlung.

Stuttgart. Am Sonntag, den 15. Oktober, fand unsere Vierteljahrsversammlung statt. Infolge des schlechten Besuches mußte der Vortrag über „Die jüngsten Massenbewegungen unserer englischen Kollegen“ zurückgestellt werden. Kollege Dreher gab bekannt, daß Kollege Hinderer als zweiter Beamter vom Zentralvorstand bestätigt wurde, infolgedessen die Geschäftseinteilung so geregelt wird, daß Kollege Dreher den Posten des Bevollmächtigten und Kollege Hinderer den des Kassierers bekleidet. Aus dem Geschäftsbericht war zu entnehmen, daß gute Vorwärtsschritte der Verwaltungsstelle; auch in diesem Quartal, der Mitgliederbestand beträgt 1504, die Zahlstelle Zuffenhäuser hat sich mit 35 Mitgliedern der hiesigen Verwaltungsstelle angeschlossen. Die Bewegungen, die im Laufe des verflossenen Quartals gesüßert und so ziemlich alle tariflich abgeschlossen wurden, brachten nennenswerte Erfolge in bezug auf Lohnerhöhung und Arbeitszeitverkürzung für die Beteiligten. Ueber die Bewegung der Kollegen Straßenbahner konnte näher Bericht noch nicht erstattet werden, da erst am 25. Oktober in einer Aufsichtsratsitzung über die Eingabe der Kollegen entschieden werden soll. In Ludwigsburg konnten bereits 17 Mitglieder für unsere Organisation gewonnen werden und dürfte sich aller Voraussicht nach die Zahl in Bälde vergrößern. Abschließend hieran erstattete Kollege Hinderer den Kassenbericht, welcher eine Einnahme von 12 453,75 Mt. aufweist, gegenüber einer Ausgabe von 9 137,20 Mt., somit ist der Kassenbestand 3316,55 Mt. Nachdem der Kassierer einstimmige Entlastung erteilt war, berichtete selbiger über ein für die Kollegen Einkassierer geschaffenes Requisit, welches gleichfalls nach kurzer Diskussion zur Annahme gelangte. Des weiteren wurde bekannt gegeben, daß die Weihnachtssfeier am 28. Januar im Saalbau Dinkelacker stattfinden wird. Ueber die zu entfaltende Winteragitation referierte in ausführlicher Weise Kollege Dreher, neben den vielen notwendigen Versammlungen sollen eine Reihe Mitgliederversammlungen mit entsprechenden Vorträgen abgehalten werden, desgleichen sollen, um den Mitgliedern Gelegenheit zur weiteren Fortbildung zu geben, regelmäßige Diskussionsabende zur Einführung gelangen. Ein Antrag für die Kollegen Handelsbischarbeiter, eine eigene Sektion zu gründen, fand keine Annahme. Nach Erledigung einiger Verbandsangelegenheiten konnte die Versammlung geschlossen werden.

**Literarisches.**  
Von der „Neuen Zeit“ ist soeben das 4. Heft des 30. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Der nationale Separatismus und der Junzbrüder Parteitag. Von Gustav Eckstein. — Die Aktion der Masse. Von R. Kautsky. (Schluß). — Aus einem kleinstädtischen Paradies. Von J. Topalowitz. Die sächsische Gewerbeaufsicht im Jahre 1910. Von Gustav Niem. — Zeitschriftenchau.  
Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mt. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.  
Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.  
Im Verlag von J. S. W. Dieß Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: **Aus meinem Leben.** Von August Bebel. Zweiter Teil VIII und 420 S. Preis broschiert ord. 2,50 Mt., gebunden 3 Mt. —  
Der Autor entrollt vor dem Leser die innere Geschichte der Partei während der Jahre 1869 bis 1878, wie sie intimer nicht gedacht werden kann, unterstützt

von einer fesselnden Darstellungsweise und Eindringlichkeit, die nur dem zu eigen sein kann, der nicht nur alles selbst erlebt, sondern in den Ereignissen eine ausschlaggebende Rolle innegehabt hat.

Zu gleicher Zeit erscheint: **Aus meinem Leben.** Von August Bebel. Erster Teil. Zweite durchgesehene Auflage. VIII und 236 S. Preis broschiert ord. 1,50 Mt., gebunden 2 Mt.

Zur Abwehr von Bestürchungen, als könnte durch die zweite Auflage die erste entwertet werden, möchten wir hier ausdrücklich feststellen, daß dies nicht der Fall ist. Änderungen wesentlicher Natur sind nicht vorgenommen worden.

**Briefkasten.**  
H. S. N. Besten Dank. Findet gelegentlich Verwendung. D. N.  
M. M., Solingen. Dein Vorschlag ist bereits im Transportarbeiter-Kalender praktisch verwirklicht, die verzeihlichen Kollegen brauchen sich also nur dieses Büchlein anschaffen.

**Mitteilungen des Vorstandes.**  
Eine neue Verwaltungsstelle wurde gegründet am 22. Oktober 1911 in Lenggries (Oberbayern); Bevollmächtigter und Kassierer: Hans Laubenberger, Lenggries 9/4.  
Das Mitglied Karl Wensler, Spt.-Nr. 44 522, eingetret. 9. 7. 1910 in Berlin, ist von hier abgereist, ohne nähere Angaben über sein Reiseziel zu machen. Sollte sich derselbe irgendwo melden, bitten wir um sofortige Mitteilung seiner jeweiligen Adresse.  
Verstorben gegangen sind die Mitgliedsbücher nachstehend genannter Kollegen:  
In Berlin: Fehse, Erich, Spt.-Nr. 64 496, eingetr. 25. 2. 08; Fröhlich, August, Spt.-Nr. 32 618, eingetr. 15. 1. 10; Häßler, Walter, Spt.-Nr. 11 420, eingetr. 12. 6. 09; Pida, Franz, Spt.-Nr. 66 080, eingetr. 19. 11. 10.  
In Frankfurt a. M.: Nupper, Serafatus, Spt.-Nr. 170 539, eingetr. 17. 2. 11.  
Falls diese Bücher vorgezeigt werden, sind sie anzuhalten und an die Adresse des Unterzeichneten einzusenden.

Mit kollegialem Gruß  
Der Vorstand,  
F. A.: Oswald Schumann, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr.  
NB. Alle den Verband und die Agitation betreffenden Schriftstücke sind an obige Adresse zu richten. Alle Gelder sind an den Hauptkassierer, Kollegen Carl Raßler, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21, Hof 1 Tr., einzusenden.

**Bekanntmachung.**  
Für unsere Verwaltungsstelle Solingen suchen wir einen Geschäftsführer, der die Fähigkeit besitzt, eine Verwaltung selbständig leiten zu können, mit der inneren Organisationsarbeit und der Agitation vertraut ist und auch Lohnbewegungen sachgemäß zu führen versteht. Ferner suchen wir für unsere Verwaltung Hamburg 1 drei Beitragskassierer, die auch zur Agitation und sonstigen gewerkschaftlichen Arbeiten fähig sind. Voraussetzungen für alle Bewerber ist dreijährige Zugehörigkeit zur gewerkschaftlichen Organisation. Handschriftliche Offerten sind für jede Stelle getrennt unter Verweisung einer Arbeit über die Aufgaben eines Gewerkschaftsangestellten und Angabe der bisherigen Tätigkeit bis 15. November an den unterzeichneten Vorstand zu richten.  
Der Vorstandsvorstand,  
F. A.: O. Schumann.

**Ortsverwaltung Cassel.**  
Unser Bureau befindet sich jetzt im neuen Stadtpark, Obere Karlstraße 17.  
Die Verwaltung.

**Ortsverwaltung Gießen.**  
Unser Bureau befindet sich vom 1. November ab Schwedenbleichstr. 5.  
Das Bureau ist geöffnet: Vormittags von 8-10, Nachmittags von 4-6 Arbeitslosen- und Krankmeldungen erfolgen: Vormittags von 9-10. Nachmittags von 5-6. Kranken- und Erwerbslosenunterstützung werden nur Sonnabends vormittags von 8 bis 12 Uhr ausgezahlt.  
Die Verwaltung.

Verantwortl. Redakteur: Karl Mühlhahn, Dichtenberg. Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H. Druck: Maurer u. Dimnick, Berlin, Halleserstr. 37.